

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Berlin N 24, Elsassstr. 86—88^{III}
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluß: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Überwindung der Kampfgesellschaften durch die Erkenntnis von der — Interessengemeinschaft. Rundschau. Politische Monatschau. Der Tarifvertrag, I. Zur Frage des Frauenwahlrechts. — **Allgemeines:** Unternehmerstimmen. Die oberste Instanz, IV. Unsere Bruderverbände in Österreich im Jahre 1913. — **Der Lithograph:** Zur Beachtung für graphische Zeichner. — **Der Steindrucker:** Der Zink- und Offsetdruck. — **Die photomech. Fächer:** Die Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker im Jahre 1913, II. Aus den Sektionen: Leipzig (Chemigr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Aus den Sektionen: Dortmund. — **Die Tapetenbranche:** Intelligenz. Aus den Sektionen: Bleitheim, Coswig i. Sachs. — **Feuilleton:** Zu Ernst Haedkels 80. Geburtstag. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

Bekanntmachungen.

Ausschreibung.

Da Kollege Barthel an Stelle des verstorbenen Genossen Gustav Riem zum Redakteur des gewerkschaftlichen Teiles der »Dresdener Volkszeitung« gewählt wurde und diese Wahl angenommen hat, ist das Amt des

Redakteurs der »Graphischen Presse«

neu zu besetzen. Kollegen, die sich zur Übernahme dieses Amtes, das schriftstellerische Fähigkeiten und gute Kenntnisse der Gewerkschafts- und allgemeinen Arbeiterbewegung erfordert, geeignet fühlen, werden gebeten, ihre Bewerbungen bis zum 6. März 1914 an Otto Sillier, Berlin N 24, Elsassstraße 86/88 III einzureichen. Die Bewerbungen müssen nähere Angaben über die bisherige Tätigkeit der Bewerber in unserer Organisation und in der allgemeinen Arbeiterbewegung enthalten. Ferner muß ihnen eine Abhandlung beigefügt sein, in der die Ansicht des Bewerbers über die Aufgaben der Gewerkschaftspressen unter besonderer Berücksichtigung unseres Verbandsorgans niedergelegt ist. Nach § 42 Absatz 3 des Verbandsstatuts müssen Bewerber mindestens fünf Jahre dem Verbands angehören. Die Anstellung erfolgt nach den festgesetzten Bedingungen des Verbandes.

Der Zentralaussschuß.

Der Hauptvorstand.

I. A.: R. Hiekmann.

I. A.: Otto Sillier.

An alle Ortsvorstände

sandten wir am 16. Februar unser Rundschreiben Nr. 8, in dem wir über die Tiefdruckfrage eingehende Mitteilungen machten. In diesem Rundschreiben bemerkten wir ferner unter 2, daß auch die Mitgliedschaften, in denen sich keine Chemigraphen und Kupferdrucker befinden, für den Ortsvorstand bzw. Bibliothek je 2 Exemplare des Geschäftsberichtes des Tarifamts für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker für das Jahr 1913 erhalten sollten. Das letztere ist jedoch unmöglich, weil uns nicht genügend Exemplare zur Verfügung stehen.

Der Hauptvorstand.

Zentralkommission der Steindrucker Deutschlands!

Wir sandten an alle Mitgliedschaftsvorstände unseres Verbandes unser Zirkular Nr. 1 nebst den Beschlüssen der Stuttgarter Steindruckerkonferenz. Wo dieses Rundschreiben nicht angekommen sein sollte, bitten wir um Mitteilung.

Die Zentralkommission.

Die Überwindung der Kampfgesellschaften durch die Erkenntnis von der — Interessengemeinschaft.

Der Kampfcharakter der freien Gewerkschaften, so sagen die Scharfmacher und Arbeiterfeinde, ist vor allem durch die Erkenntnis

von der »Interessengemeinschaft aller Glieder der nationalen Volkswirtschaft, insbesondere der Unternehmer und Arbeiter«, zu überwinden. Diese hohe Weisheit wird vornehmlich von den Unternehmern und ihren Wortführern auf eifrigste verfochten, um die Einigkeit der Arbeiter zu stören und um möglichst zahlreiche Arbeitskräfte in den gelben Werkvereinen ihren kapitalistischen Interessen dienstbar zu machen. Die Unternehmer wollen nichts von einem wirklichen Entgegenkommen wissen, nichts von einer tatkräftigen Weiterführung der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Sozialpolitik und der Tarifvertragspolitik, sondern sie versuchen immer wieder eine Interessengemeinschaft zwischen den Arbeitern und Unternehmern vorzutauschen. Bei der Begründung und Darstellung dieser sagenhaften Interessengemeinschaft gehen sie von der Binsenwahrheit aus: wenn die Unternehmer Aufträge haben, so haben die Arbeiter Arbeit und Brot! Nur eine ganz oberflächliche Betrachtungsweise kann auf eine solche Darstellung des Zusammenwirkens von Unternehmer und Arbeiter, von Kapital und Arbeit, eine »Erkenntnis von der Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter« begründen. Kann nicht auch mit demselben Recht gesagt werden: wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft verleiht, so hat der Unternehmer Brot und Gewinn?! Und in der Tat erkennen auch die Harmonietheoretiker diesen Satz mit gewissen Einschränkungen an und möchten auch hieraus die Erkenntnis von der Interessengemeinschaft herleiten. Wenn nicht jeder etwas zu geben hätte, so meinen sie, so könne eben nicht von einer Interessengemeinschaft gesprochen werden. Nun wohl — wenn eben die Macht- und Eigentumsverhältnisse andere wären! So aber kann unter der herrschenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nie und nimmer die Rede sein von einer Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter, zwischen Kapital und Arbeit.

Wie liegen denn die Dinge? Man spricht zwar von einem Arbeitsvertrage und von dem freien Arbeiter, aber in der Praxis sieht es doch ganz anders aus. Da treten die Unternehmer als die Herren auf und behandeln die Arbeiter als Knechte und Ausbeutungsobjekte. Und wie können sie das? Weil sie auf das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln pochen dürfen! Wir wollen die Herren im Hause sein und bleiben, die sich in die Angelegenheiten ihrer Betriebe nicht hineinreden lassen — das ist die oberste Losung der Unternehmer. Und diese Losung klingt weder nach Interessengemeinschaft, noch ist darin eine Bekräftigung des Grundsatzes von den freien Arbeitsverträge zu erblicken. Der Unternehmer ist Eigentümer der Werkzeuge und Maschinen, er beschäftigt darin die Arbeiter nach Lage des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes, er diktiert die Bedingungen und verfügt über Einstellungen und Entlassungen. Der Arbeiter hat beim Arbeitsvertrage herzlich wenig mitzureden — eine Besserung ist in dieser Hinsicht erst durch das Einschreiten der freien Gewerkschaften, die das Mitbestimmungs-

recht des Arbeiters im Arbeitsvertrage durch die kollektiven Arbeitsverträge grundsätzlich sicherstellen, herbeigeführt worden. Aber gerade die freien Gewerkschaften will man ja wegen ihrer sozialen Wirksamkeit treffen und vernichten, der Arbeiter soll eben so redlos und anspruchslos bleiben wie nur irgend möglich. Deshalb erfanden die Scharfmacher und Arbeiterfeinde die Theorie von der Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter, mit der nun die freien Gewerkschaften überwunden werden sollen.

Wie es aber mit dieser wunderschönen Interessengemeinschaft in Wahrheit bestellt ist, das können jetzt zur Zeit der schweren Wirtschaftskrise die Arbeiter so recht am eigenen Leibe erfahren. Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen sind arbeitslos — aber kümmert sich das Unternehmertum um die Arbeitslosen, tut es auch nur das Geringste, um die Notlage der Arbeitslosen zu heben und zu beseitigen? Machen sie sich etwas aus der angeblichen Interessengemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter? Sagen sie etwa: Weil wir ein gleiches Interesse wie die Arbeiter daran haben, die Arbeitskraft der vielen Arbeitslosen der Industrie zu erhalten, deshalb müssen wir einen Teil unserer reichen Mittel, die doch aus der Interessengemeinschaft mit den Arbeitern hervorgegangen sind, für die Unterstützung der Arbeitslosen aufwenden? Nein — sie setzen im Gegenteil den sozialen Bestrebungen, die auf Einführung der Arbeitslosenversicherung in die Sozialgesetzgebung abzielen, den härtesten und rücksichtslosesten Widerstand entgegen und sagen, daß die Industrie weitere sozialpolitische Lasten nicht tragen und diese Prämie auf die Nichtsteuerer nicht auch noch bezahlen könne! Ist das die vielgerühmte Interessengemeinschaft? Es ist aber wie eine Ironie des Schicksals, daß gerade die freien Gewerkschaften, die doch mit der »Erkenntnis von der Interessengemeinschaft« überwunden werden sollen, die Arbeitslosen unterstützen und arbeitsfähig erhalten!

Die schwere Wirtschaftskrise trägt aber noch in manch anderer Beziehung dazu bei, die angebliche Interessengemeinschaft in das rechte Licht zu rücken. Gerade in der Krisenzeit werden die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr als sonst schikaniert und mit der Belastung bedroht — denn sie haben mit einer langen Arbeitslosigkeit zu rechnen und, so kalkuliert das Unternehmertum, müssen sich deshalb mehr als sonst gefallen lassen. Und was ist es, das sie sich nach Auffassung der Unternehmer mehr als sonst gefallen lassen müssen? Die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen! Ist das auch eine Betätigung der vielgepriesenen Interessengemeinschaft? Ständen nicht die in sich stark gefestigten Gewerkschaften hinter der Arbeiterschaft, so würden die arbeitenden Schichten wehrlos der Willkür des beutegierigen Unternehmertums ausgesetzt sein, und die kapitalistischen Herrenmänner würden in der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bald kaum noch Grenzen kennen. So wirken denn in der Tat die Gewerkschaften

schon durch ihr bloßes Vorhandensein sehr zum Segen der Arbeiterschaft. Und dennoch versuchen es die Unternehmer oft genug, Verschlechterungen durchzuführen. Sie erblicken in der Ungunst des Arbeitsmarktes eine günstige Gelegenheit für ihre arbeiterfeindlichen Absichten und setzen mit der Durchführung dieser Absichten natürlich zuerst dort ein, wo die Organisationsverhältnisse der Arbeiterschaft am meisten im Argen liegen. Dabei sind die Unternehmer in der Begründung ihrer arbeiterfeindlichen Maßnahmen keinen Augenblick verlegen, aber ihre Gründe zeigen so recht die Nichtigkeit ihrer Maßnahmen. In Betrieben, die trotz der Wirtschaftskrise einen guten Geschäftsgang aufzuweisen haben, werden Versuche zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Hinweis zu begründen versucht, daß Lohnkürzungen notwendig geworden seien, um mit anderen Betrieben konkurrieren zu können! In anderen Betrieben weist man auf den schlechten Geschäftsgang hin oder verweist die Arbeiterschaft auf die Möglichkeit, den Ausfall bei guter Konjunktur durch Überarbeit auszugleichen. Um aber das Maß in der Betätigung der »Interessengemeinschaft« voll zu machen, bleiben selbst die Kreise der Arbeiterschaft, die sich mit dem Märchen von der Interessengemeinschaft ködern ließen, die an eine »wirtschaftsfriedliche« Bewegung glaubten, nicht von den Verschlechterungsbestrebungen der industriellen Herrenmenschen verschont. Von den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen kommt manderlei in Wegfall und selbst die noch so bescheidene Urlaubsgewährung wird noch beschnitten! Die Unternehmer haben es eben in Krisenzeiten nicht nötig, Arbeiterfreundschaft zu heucheln; da gilt keine »Erkenntnis von der Interessengemeinschaft«, da entscheidet die Profitsucht, die brutale Gewalt.

Die Arbeiter erkennen aus alledem, wie unerlässlich ein fester Zusammenschluß in starken Organisationen ist. Sie haben die volle Bedeutung der freien Gewerkschaften gerade in Krisenzeiten deutlich vor Augen und werden sich umso mehr zu gegebener Zeit gegenüber allen Verlockungen einer angebliebenen Interessengemeinschaft und wirtschaftsfriedlichen Bewegung der wahren Natur des Kapitalismus erinnern, als sie immer wieder den Gefahren der Krise ausgesetzt sein werden. fp.

Rundschau.

Kampfgemeinschaft. Wie die ganze Natur, so erfüllt auch unser Menschenleben ein ewiger Kampf, ein Kampf um unsere Existenz, um unsere körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Dieser Kampf zeigt sich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete, da hierin unser ganzes Dasein wurzelt. Nur der wirtschaftliche Kampf bringt uns eine Besserung unserer Lebenslage, nicht das träge Dahinleben. Jedoch genügt der Kampf allein nicht. Wie in der übrigen Natur, so muß auch bei den Menschen neben dem Kampf die gegenseitige Hilfe treten, der Zusammenschluß. Der einzelne erreicht mit seinem Kampfe nicht viel, erst die zielbewusste Solidarität, die Kampfgemeinschaft ist es, die uns den Sieg bringt. Über das Wünschen und Wollen des einzelnen geht das wirtschaftliche Leben leicht hinweg; es kann aber nicht so leicht über den einzelnen hinweggehen, wenn hinter ihm eine Schar steht, die entschlossen zu ihm hält. Doch dieser materielle Nutzen ist es nicht allein, der die Solidarität so wertvoll macht. In unserer Kampfgemeinschaft steckt zugleich ein reicher sittlicher Gehalt. Ein inneres Glück ist es uns, zu wissen, daß wir in unserem Hoffen und Sehnen nicht allein stehen, daß es viele Scharen gibt von Mitmenschen, die fühlen und denken wie wir und wenn es not tut, auch gleich handeln. Solch ein Gefühl gibt uns in unserem Lebenskampfe innere Kraft: Stolz gegenüber dem wirtschaftlich Stärkeren und Selbstbewußtsein im Fördern unseres Rechts. Und in wie reichem Maße wird nicht durch diese Kampfgemeinschaft das lebendige Gefühl der Einheit mit dem Ganzen in uns erogen und wach gehalten. Wir kennen nicht nur uns selbst, sondern denken auch an unsere Mitmenschen, die sich in sozialer Not befinden. Liebe empfinden wir zugleich, wenn wir uns solidarisch betätigen, das Tiefste und Erhabenste, das es im Menschheitsleben gibt. Dieser edle Gehalt der Kampfgemeinschaft verleiht wiederum unserem wirtschaftlichen Kampfe einen hohen sittlichen Wert. Wir kämpfen nicht aus Selbstsucht, sondern um

des Ganzen willen. Das Wohl der Allgemeinheit ist unser letztes Ziel. Kann es wohl ein anderes Ziel geben, als es diese unsere treue Solidarität im wirtschaftlichen Kampfe erstrebt? —

Persönlichkeiten. Jeder Organismus in der Natur hat seine besondere Art und wenn er noch so klein und unentwertet ist. Es gibt kein Blatt, das einem anderen gleich ist, keinen Käfer, der mit einem anderen übereinstimmt, und auch kein Mensch lebt auf der Erde, der in seinem Bau und Wesen einem anderen völlig gleicht. Das ist das Gesetz der Natur nach einer verschiedenen Gestaltung aller Dinge, nach einer möglichststen Differenzierung, die dann durch ein geordnetes Ineinandergreifen der verschiedenen Kräfte eine einheitliche Gesamtentwicklung herbeiführt. Es ist also natürlich im wahren Sinne des Wortes, daß es jedem einzelnen Menschen möglich sein muß, seine individuelle Persönlichkeit im Leben zur Geltung kommen zu lassen. Ein freies Wort, ein starkes Rückgrat, Kühnes Draufgängertum, feurige Leidenschaft: alles sind hohe Persönlichkeitswerte, die für die Entwicklung von unschätzbarem Wert sind. Aber solch innere Werte gelten heute nicht. Geld, Geld und nochmals Geld ist die Parole und darum sucht man den Drang des einzelnen nach freier Entfaltung seiner Persönlichkeit gar zu unterdrücken, wenn er den kapitalistischen Interessen zuwider ist. Heuchelei und Liebedienerei werden geübt und gepflegt. Nur keine eigene Persönlichkeit! Alle haben zu gehen den breiten, ausgetretenen Weg vorgeschriebener Art und Gesinnung. Welch unnatürlicher, niedriger Geist im Dienste des Götzten Kapital! Bei uns ist für solche Speckhälcker und Heuchler kein Raum. Wir können nur Menschen gebrauchen von eigenem, freiem, selbständigem Wesen und sorgen durch die Kraft unserer Organisation auch dafür, daß es ihnen im Gegenteil nur von Vorteil ist. So pflegt unser Zusammenschluß in reichem Maße die Persönlichkeit, so hat er darum den edelsten sittlichen Gehalt, den höchsten sittlichen Zukunftswert, denn die Persönlichkeit allein ist's, die uns vorwärts bringt.

Neue Briefmarken. In den Vereinigten Staaten werden nicht weniger als fünf neue Wertzeichen den bisher bestehenden Marken eingegliedert. Und zwar werden fortan 7-, 9-, 12-, 20- und 30-Cent-Marken ausgegeben werden. — Die bayerische Postverwaltung beabsichtigt, im kommenden Frühjahr neue Postwertzeichen herauszugeben. Als Markenbilder kommen zur Verwendung: für die Freimarken zwei verschiedene Porträts des Königs nach Entwürfen von Professor Walter Firle, für die Postkarten, Postanweisungen und Kartenbriefe eine Darstellung des bayerischen Wappens von Professor Otto Hupp, sämtliche Freimarken in Kupferdruck (Mezzointoverfahren) hergestellt. Die Postkarten, Postanweisungen und Kartenbriefe werden wie bisher in Buchdruck ausgeführt. — Am 8. Januar, dem Jahrestage der Thronbesteigung des Khediven Abbas Hilmi II., hat die ägyptische Postverwaltung neue Briefmarken herausgegeben, die sich von den früheren Marken zunächst dadurch unterscheiden, daß der Wertaufdruck nicht mehr in französischer, sondern in englischer Sprache erfolgt ist. Die neuen, auch in England gedruckten Marken sind sehr abwechslungsreich und schön und ähneln den bisher gebrauchten nur in den Farben. — In Norwegen kommen in Kürze anlässlich seiner 100jährigen Unabhängigkeit, die auch durch eine Gewerbe- und Kunstausstellung in Kristiania gefeiert werden wird, Jubiläum-Freimarken (5, 10 und 20 Öre-Werte) deren Gesamtauflage vorläufig auf 20 Millionen festgesetzt ist, zur Ausgabe. Die ersten Probedrucke wurden jetzt in der Druckerei-Abteilung von Norges Bank in Kristiania, welche auch die norwegischen Banknoten druckt, hergestellt. Eine französische Kupferdruckmaschine liefert in der Stunde etwa 900 Bogen von je 50 Marken. Die Marken stellen Wergelands Gemälde von der Reichsversammlung zu Eidsvolds dar und haben die gleiche Höhe, aber die doppelte Breite der gewöhnlichen Briefmarken. Professor Schirnböck in Wien hat die Platte gestochen.

Die Königl. Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig feiert in diesem Jahre das Jubiläum ihres 100jährigen Bestehens, aus welchem Anlaß bekanntlich unter Führung des Deutschen Buchgewerbevereins die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik veranstaltet wird. Die Jubiläumstlichkeiten der Akademie finden am 6. und 7. März statt, und zwar mit folgendem Programm: 6. März um 5 Uhr nachmittags: musikalischer Tee, geboten von den Damen des Lehrerkollegiums, verbunden mit der Eröffnung der historischen Ausstellung von Lehrer- und Schülerarbeiten aus dem Jahre 1764 bis ca. 1840. 7. März, vormittags 11 Uhr: Festakt im Alten Theater mit anschließender Aufführung des Festspiels »Öser und die Selnen« von Julius Zeltner, abends um 8 Uhr: Festabend (Bierabend) im Leipziger Palmengarten. Zu diesen Veranstaltungen werden Einladungen in beschränkter Anzahl versendet.

Die Berliner Papier- und Messingindustrie wird in diesem Jahre im Anschluß an die Tagung des Zentralverbandes der Papier- und Schreibwarenhändler Deutschlands in den Räumen der Neuen Welt in Berlin stattfinden. Für den Verbandstag ist die Zeit vom 20.—22. August und für die Papiermesse der 23.

bis 25. August festgelegt. Das Zusammentreffen von Verbandstag und Messe wird für beide Veranstaltungen von Vorteil sein, denn es ist zu erwarten, daß dadurch die Beteiligung der Interessenten diesmal noch größer sein wird als in den Vorjahren. Die Geschäftsstelle der Papiermesse hat die Firma Otto Prochnow, Neukölln, übernommen.

Streikjustiz. Bei dem Streik der Chauffeurs des Taxameterfuhrgeschäfts von August König in Erfurt war der Telephonist Hoffmann ebenfalls mit entlassen worden, weil er das Verbrechen beging, sich mit den Streikenden zu unterhalten. Im Verlauf des Ausstandes suchten nun H. und einige andere Ausständige den Arbeitswilligen Rudolf Weidner zu veranlassen, mit in eine Versammlung zu kommen. Weidner verhielt sich nicht ablehnend, gebrauchte aber Ausflüchte. Nachträglich erst fiel dem Arbeitswilligen ein, er sei beleidigt worden und nun erstattete er Anzeige gegen einige Streikende, auch gegen H. wegen Beleidigung und Nötigung, obwohl dieser noch bei der Unterredung gesagt hatte: »Laßt ihn gehen; er muß wissen, was er zu tun hat!« Der Arbeitswillige Weidner selbst ist inzwischen wieder auf Veranlassung der Polizei entlassen worden, weil er verurteilt ist. Der Staatsanwalt beantragte für die »Beleidigung«, für die der Arbeitswillige der einzige Belastungszeuge war, zwei Monate Gefängnis. Das Gericht, unter Vorsitz des durch seine starken Streikurteile bekannten Landgerichtsdirektor Dr. Siebert, erkannte auf drei Monate Gefängnis, mit der Begründung, das Wort »Streikbrecher« sei eine schwere Beleidigung eines Arbeiters, weil es sagen wollte, daß ein Arbeitswilliger aus der Achtung jedes anständigen Menschen ausscheide. Das sei eine Auflehnung gegen die Staatsautorität. Ob unsere Juristen glauben, daß ein »Arbeitswilliger« in der Achtung der anständigen Menschen steigt, wenn man ihn nicht Streikbrecher nennen darf, ohne auf Monate ins Gefängnis zu fliegen?

Wieder ein Streikbrecheragent als Mörder! Der wegen Körperverletzung, Betruges, Kuppel, Diebstahl, Hehlerei, Nötigung und Freiheitsberaubung zu vielen Jahren Gefängnis, Zuchthaus und Ehrverlust verurteilte Streikbrecheragent Kelling, der auch in Berlin ungestraft Streikende mit dem Revolver bedrohen durfte, hat seinen Verbrechen ein neues, schlimmeres hinzugefügt: er ist zum Mörder geworden! Als er sich mit einem Transport von Streikbrechern, mit deren Hilfe die österreichischen Buchdruckerunternehmer die kämpfenden Buchdrucker niederzuzwingen hofften, in Teitschen aufhielt, schoß er in dem Hotel »Stadt Prag« den Buchdrucker Solinger mit der Browning-Pistole über den Haufen. Solinger ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen. Der Mordbube wurde verhaftet. Ob ihn die österreichischen Behörden ebenso glimpflich behandeln werden, wie dergleichen gemelngelährliches Gesindel in Deutschland behandelt wird, muß abgewartet werden. Diese Mordbuben, die in Magdeburg, in Steffin und jetzt in Teitschen kalten Blutes ehrliche Arbeiter nieder-mähten, haben ihre Mitschuldigen. Sie haben sie in den Kapitalisten, die sich nicht zu beschützen glauben, wenn sie sich solcher Leute bedienen; sie haben sie in den Behörden, die ihr Vorgehen unterstützen und ihre Vergehen mit den Augen verzehelnden Mitgefühl betrachten; sie haben sie aber vor allen Dingen in jenen Hetzern, die zum Schutze jener Mordbuben noch die Gesetzgebung in Bewegung setzen möchten und in ihnen die Meinung großziehen: »Wir Arbeitswilligen können einen tötschlagen!«

Zum Koalitionsrecht hatten bekanntlich die Konservativen im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: »Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechtes geschaffen, dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegenzutreten, insbesondere aber das Streikpostenstreben verboten wird.« Dieser Antrag wurde bei den Abstimmungen gegen die Stimmen der Konservativen, eines Reichsparteilers und eines Antisemiten abgelehnt! Dagegen wurde eine Resolution mit großer Mehrheit angenommen, die wünscht, daß die vom Staatssekretär angekündigte Denkschrift über »Auswüchse des Koalitionsrechtes« ausgedehnt wird »auf die Erfahrungen über solche Auswüchse des Koalitionswesens im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die nicht von Arbeitern und Angestellten und deren Koalitionen, insbesondere aber auf die Erfahrungen und Maßnahmen, die von Arbeitgeber und deren Organisationen durch Beschränkung der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit, Arbeitsausschluß von Angehörigen bestimmter Vereinigungen und Verbände, Zwang zum Eintritt in Werkvereine, Führung schwarzer Listen, geheime Abmachungen über Annahme oder Nichtannahme von Arbeitnehmern, Streikbrechervermittlungswesen usw. veranlaßt wurden.« Für diese Resolution stimmten auch die Sozialdemokraten. Der von diesen gestellte Antrag auf Erweiterung des Koalitionsrechtes soll erst nach Beendigung der Etatsberatung zur Abstimmung kommen.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Der »Korr.« berichtet über einen schweren Unglücksfall folgendes: In St. Etienne wurden in einer Druckerei durch den Einsturz eines Gestelles mit lithographischen Steinen ein Arbeiter getötet und sieben schwer verletzt.

Österreich. Nachdem am 31. Januar die vierjährigen Verhandlungen über den Abschluß des Kampfes im Buchdruckgewerbe zu einer einmütigen Verständigung in den Hauptpunkten Lohn und Arbeitszeit, Tausendpreis für Berechner, Maschinenersatz, Druck, Arbeiteradwels und Tarifdauer geführt hatten, sind endlich am 14. Februar auch die außerordentlich schwierigen Nebenfragen zu einem glücklichen Abschluß gelangt, sodaß am 16. Februar die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden konnte. Der Kampf hat also sieben Wochen gedauert. Durch den nach 18tägigen Verhandlungen erfolgten Abschluß eines neuen Tarifs ist nunmehr der Friede im österreichischen Buchdruckgewerbe wieder auf vier Jahre gesichert.

Südafrika. In Briefen, welche der Zensur entzifferten, protestierten die Leiter der Arbeiterbewegung in Südafrika energisch gegen die Behauptungen der Regierung und der kapitalistischen Presse, daß es sich bei der letzten Bewegung um eine syndikalistische Agitation gehandelt habe. Diese Darstellungen werden nur gegeben, um den Arbeitern die Sympathie der Öffentlichkeit zu rauben. Viel wahrscheinlicher sei dagegen, daß die ganze Bewegung von der Regierung provoziert und vorbereitet wurde, um den Organisationen der Arbeiter den Garaus machen zu können. Die englische Arbeiterpartei hat sofort bei Eröffnung des Parlaments beantragt, die Vorgänge in Südafrika durch eine parlamentarische Kommission untersuchen zu lassen. Auf Anregung der französischen Gewerkschaften hat Genosse Legien als Präsident des internationalen Gewerkschaftsbundes an die Gewerkschaftszentralen aller Länder das Ersuchen gerichtet, sich an einer internationalen Protestkundgebung gegen das Vorgehen der südafrikanischen Regierung zu beteiligen.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 16. Februar 1914.

Einzig der Preußen in Elsaß-Lothringen. Junkersehnsucht nach einem Großpreußen. Bethmanns Werk in Scherben. Unterdrückung und Ernährungspolitik. Koalitionsrechtsstatute der Agrarier. Das Gutachten des Bundes der Landwirte. Verbot des Streikpostens und Arbeitswilligenschutz hinten herun. Die Zweifelsfrage der Nationalliberalen. Die sächsische Regierung »gegen« Unternehmerterrorismus? Die kaiserliche Botschaft und ihre »Erfüllung«.

Das Zaberner Drama, in dem sich trotz aller Verschönerungen das Elend der deutschen Verfassung und des deutschen Bürgerturns so sonnenklar spiegelt, hat mit der Demission der elsäß-lothringischen Regierung einen gewissen Abschluß gefunden. Einen Abschluß allerdings, der den Keim zu neuen und schwereren Konflikten in sich birgt. Die Leute, die jetzt durch kaiserliche Huld an die Spitze der preußischen Provinz »fast in Feindesland« berufen wurden, sind Eichtpreußen. Ihre Vermittler und Auftraggeber dürfen nur bei den Junkern und der militärischen Nebenregierung gesucht werden. Die ihnen auf den Weg gegebenen Direktiven können darum auch gar nicht anders lauten, als: Ausrottung aller französischen und demokratischen Tendenzen mittels der preußischen Donnerwetter-Landratspolitik. Denn das ist nach Meinung der Junker die einzig richtige Politik; sie sichert ihnen die Macht und naturgemäß auch die vollen Taschen.

Die Herren Junker machen sich nicht viel aus dem Rechte, im Gegenteil, es ist ihnen ein Greuel. Und wo irgendwie sich in den Bundesstaaten außerhalb Preußens Ansätze zu einer freierlichen Entwicklung zeigen, da sind sie schnell bei der Hand, um den Korporalstock als Wahrzeichen der »preußischen Eigenart« aufzurufen. Eine andere Eigenart hat es überhaupt nicht zu geben. Nur einem Reichsgedanken huldigen sie: Preußen mit dem einverleibten Provinzen Sachsen, Bayern, Württemberg usw. Es gibt auch nur eine Bevölkerung, die nach Junkermelung einzig unter angemessenen Verhältnissen lebt: die ostpreussische Landbevölkerung. Darum geht der Junker sehnsüchtiges Streben dahin, aus ganz Deutschland einen einzigen ostelbischen Gutsbezirk zu machen, in dem sich die Rechtsgarantien im Sabel und in der Reitpelze verkörpern. Was Wunder darum, daß die herrschende Ostelbierclique als Ersatz für die abgetakelte, immerhin etwas rückwärtsvolle Regierung der Wedel und Zorn von Bulach echt preussische Männer mit starken Fäusten verlangte, die geläutert und gehärtet aus der Schule des brossischen Landratsterrorismus und der preussischen Bürokratie hervorgegangen sind.

Ebensowenig zu verwundern ist es, daß die Regierung diesem Verlangen sofort nachkam. Abgesehen davon, daß sie Fleisch und Blut vom Junkerstamme ist, hatte ihr verantwortlich unvernünftiger Leiter Bethmann doch längst in der Zaberner Affaire vor den Mannen Heydebrands sein pater peccavi ablegen müssen. Es war schließlich nicht leicht für Herrn Bethmann, den Hohlweg des parlamentarischen Mißtrauensvotums und der Junkerbetrie zu passieren. Aber der philosophische Hofbeamte brachte es eben dadurch zuwege, daß er

nach der rechten Seite dienend die linke mit den rückwärtigen Rockshößen beiseite wedelte. Dabei rannte er natürlich sein eigenes und einziges bißchen vernünftige Arbeit während seiner ganzen Kanzler-tätigkeit, eben die etwas freihändler gestaltete Verfassung Elsaß-Lothringens über den Haufen. Denn wenn auch die Verfassung ihrem Wortlaut nach weiter bestehe, so wird doch ihre Handhabung so erfolgen, daß unter dem Motto: »Einteilung« das alte terroristische Regiment in den Reichsländen eine fröhliche Auferstehung feiert. Was an Deutschland freundschaftlich in der kurzen Zeit des Bestehens der Verfassung erreicht wurde, muß durch den preußischen Wind wieder hinweggefegt werden.

Wie wenig Verständnis bei der Regierung für das Widersinnige dieser Politik zu finden ist, zeigten wiederum die Debatten der vergangenen Woche im Reichstage. An einer ganzen langen Reihe von Beispielen führten die Vertreter der Polen, Dänen, des Zentrums und der Sozialdemokraten dem Parlament und der Regierung vor Augen, welche Ungeheuerlichkeiten zur Unterdrückung nationaler Eigenarten in den verschiedenen Gebieten an der Tagesordnung sind. Vor allen Dingen war es möglich die schmachvolle Niederlage und Blamage der preussischen Ostmarkenpolitik darzutun. Aber von Einsehen keine Spur. Mit einigen überhebenden Redensarten setzten sich die nachgeordneten Ministervertreter über die vernichtende Kritik hinweg, um zu erklären — auf Junkergeheiß natürlich —, das alles beim alten bleibt. Getreu ihrer Tradition entrüsteten sich dann je nachdem ein paar Freisinnige, Nationalliberale und Zenträmmer, um unverzüglich bei der Abstimmung der Regierung alles zu bewilligen, was sie zur Fortsetzung ihrer Unterdrückungspolitik braucht. Es sind ja schließlich auch nur immer wieder Maßnahmen im Besitzinteresse des Bürgertums, die angegriffen werden. Das geringe Quantum an Kritik und Entrüstung ist aber andererseits auch notwendig, um den Wählern etwas zu bieten, und wenn es nur Sand in die Augen ist.

Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die erneute Ablehnung des konservativen Antrages zu bewerten, der ein Verbot des Streikpostens herbeiführen sollte. Die Konservativen haben mittlerweile eingesehen, daß mit dem jetzigen Reichstage in bezug auf Arbeitswilligenschutz, trotz aller Sympathien der bürgerlichen Parteien für diese Materie, nicht viel zu machen ist. Die »Erfolge« der Reichstagswahlen von 1912 stecken den Nationalliberalen sowohl als der Volkspartei und dem Zentrum noch so in den Köpfen, daß sie eine offensichtliche Brücklerung der deutschen Arbeiterschaft nicht wagen. Durch diese Erfahrung gewitzigt, verlegen sich die Junker merkwürdigerweise aufs Handeln. Sie wollen mitnehmen, was gerade zu erreichen ist. Da sie eine der beiden Parteien im Reichstage sind, die wirklich unverrückbare Grundsätze haben, so müssen wir das als ein weiteres Zeichen binnehmen, daß sie auch zu fühlen begreifen, wie ihnen das Feuer auf den Nägeln brennt.

Das hat allerdings auch noch einen anderen Haken; die Herren Agrarier sehen die Ruhe in den östlichen Gefilden durch den Landarbeiterverband untergraben. Wie schmerzlich ihnen das ist, geht daraus hervor, daß der Bund der Landwirte vor einigen Jahren seinen Syndikus beauftragt hat, die in- und ausländischen Landarbeiterorganisationen zu studieren. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen: »daß der Landarbeiterverband ein politischer Verein ist, nämlich ein Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, wie der § 3 des Reichsvereinsgesetzes diesen Begriff bestimmt. Es muß also zunächst verlangt werden, daß die zuständige Polizeibehörde dem Vorstand Einreichung der Satzungen und eines Verzeichnisses der Mitglieder des Vorstandes aufgibt.« Es darf angenommen werden, daß der Bund der Landwirte dieses Gutachten auch den Regierungen unterbreitet hat, denn bald nach seiner Ausfertigung erklärten sächsische Gerichte den Landarbeiterverband für eine politische Organisation. Die Mühe, die sich die Landbändler hier gegeben haben, illustriert allein schon ihre Angst vor dem Eindringen gewerkschaftlicher Bestrebungen in die Kreise der Landarbeiter. Das macht es weiterhin aber auch erklärlich, wie die Ackerbau und Viehzucht treibenden Scharfmacher an die Spitze der eragierten Koalitionsrechtsgegner gekommen sind, insbesondere aber, daß sie sich mit Abschlagszahlungen auf die Untergrabung des Koalitionsrechts zufrieden geben wollen. Wenn ihnen selbst dabei die gemischte Mitte und die sogenannte bürgerliche Linke die offene Gefolgschaft verweigern, so sind lediglich taktische Gründe, unter anderem die Rücksicht auf die christlichen Gewerkschaften, dafür maßgebend. Im innersten Herzen stimmen sie jedoch harmonisch mit den Junkern überein. Natürlich auch die Regierung, für die in jedem Punkte das gleiche zutrifft. Ebenso einig sind sich alle, daß spätestens bei der Erneuerung des Strafgesetzbuches diese Materie neu und gegen die Arbeiterschaft geregelt werden soll. Jedenfalls aber erst im neuen Reichstag.

Vorläufig glaubt man noch mit Polizeiverordnungen, die sich auf Gerichtsentscheide stützen, auszukommen. Um aber wenigstens etwas zu tun, hat der preussische Minister von Dallwitz am

14. Januar d. J. an sämtliche Oberpräsidenten eine Verfügung erlassen, nach der nicht nur nichtbefolgte Anordnungen der Polizei bei Verkehrsstörungen unter Strafe zu stellen sind, sondern auch solche, »die den Zweck haben, die allgemeine Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf den Straßen aufrecht zu erhalten, insbesondere aber den Schutz des Eigentums und der Person gewährleisten.« Selbstredend ist damit nicht der Schutz von Streikenden und Ausgesperrten gemeint, die sich von gewerkschaftlich streikbrechenden Revolverhelden bedroht fühlen. Sondern diese sollen ausdrücklich unter dem Schutze der Polizei stehen.

Hochbeglückt verlangte nach Bekanntwerden des Erlasses die nationalliberale Fraktion des preussischen Landtages »in völliger Übereinstimmung mit der Reichstagsfraktion«, seinen Wortlaut zu erfahren und zu wissen, »in welchem Umfange und welcher Art der Anweisung« bereits entsprochen ist. Ferner ersuchte sie die Regierung: »die örtlichen Polizeibehörden und Exekutivbeamten anzuhalten, sobald bei Ausbruch einer Arbeitsstreikigkeit eine Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, insbesondere durch Belästigungen Arbeitswilliger, festgestellt wird oder zu besorgen ist, in Anwendung und in Gemäßheit des bestehenden Rechts und der auf Grund dieses Rechts erlassenen Polizeiverordnungen unter sorgfältiger Wahrung der Koalitionsfreiheit, dem Mißbrauch dieser Freiheit in der Richtung eines Koalitionszwanges unverzüglich und nachdrücklich entgegenzutreten.« So sehen die edlen Seelen derer aus, die eben im Reichstage das Verbot des Streikpostens ablehnten. Nur keinen offenen Kampf, wo durch Hinterhältigkeit und Tücke der gleiche Effekt erzielt wird.

Ähnlich verhält es sich in Sachsen, nur daß dort der Koalitionssetze ein rosigeres Mäntelchen umgehängt wird. Dort beantragt man nicht nur fortgesetzt beim Bundesrat, daß bei der Änderungen des Strafgesetzbuches Bestimmungen aufgenommen werden sollen, um »den Terrorismus gegen die persönliche Willensfreiheit beim Streik wie beim Boykott zu unterdrücken, sondern »der Terrorismus der Arbeitgeber soll nach denselben Gesichtspunkten beurteilt werden, wie der der Arbeitnehmer.« Vorläufig hilft man sich mit einem »genügend starken Polizeiaufgebot«, das »einheitlich verwendet und instruiert wird, . . . um die Koalitionsfreiheit sicherzustellen.« Die Regierung müßte nicht an der Spitze eines kapitalistischen Staates stehen, wenn sie gegen Kapitalisten vorgehen wollte.

Vor nunmehr fast 25 Jahren hieß es ja schon einmal in dem berühmten kaiserlichen Februar-erlaß: »daß es eine der Aufgaben der Staatgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.« 8 Jahre später kam die Zuchttauvorlage! Kein Mensch glaubt mehr daran, daß die Regierung den Arbeitern gegen die Kapitalisten helfen wolle. Am allerwenigsten die Arbeiter selbst. Sie wissen, daß es nur einen Verlaß gibt: den Kampf.

Der Tarifvertrag.

Der bekannte Soziologe Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer hielt im Februar im Frankfurter Arbeiter-Bildungs-Ausschuß vier Vorträge über den Tarifvertrag. Bei der Wichtigkeit des Themas und der führenden Stellung des Referenten in diesen Fragen glauben wir unseren Lesern den Inhalt der Vorträge in einem kurzen Auszug bekannt geben zu sollen. Die Redaktion.

I.

Die Bedeutung der Tarifverträge.

Wenn wir uns ein Urteil über die Bedeutung der Tarifverträge bilden wollen, müssen wir von dem ausgehen, was tatsächlich und rechtlich ist. Wir sehen vor allem, daß die Tarifverträge in Deutschland sich außerordentlich vermehrt haben. Während wir im Jahre 1907 nur rund 5000 Tarifverträge gezählt haben, sind diese Tarifverträge im Jahre 1912 (im letzten Berichtsjahr der Tarif-Statistik) auf rund 10000 angewachsen. Die Tarifverträge erfassen heute 159000 Betriebe und 1570000 Personen. Also beinahe 2 Millionen Menschen sind heute von der Tarifvertrags-Entwicklung in Deutschland erfaßt, d. h. sie sind berührt von dem Gedanken der Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen, den eben der Tarifvertrag verwirklicht. England hat nur 1600 Tarifverträge, denen aber rund 2500000 Personen unterworfen sind, also fast eine Million mehr als in Deutschland. Ein Zeichen dafür, daß offenbar in England der Tarifvertrag auf erhöhter tariftechnischer Stufe steht, d. h. viel mehr zentralisiert und ausgebaut ist, als bei uns in Deutschland. Es ist sehr bezeichnend, daß dann wieder das Land, das die am wenigsten entwickelte gewerkschaftliche Bewegung mit syndikalistischen Argumentierungen aufweist, nämlich Frankreich, eines der tarifärmsten Länder ist.

Es gibt in Deutschland keine Gewerksgruppe mehr, die nicht irgendwie stärker oder schwächer von dem Tarifvertrags-Prinzip erfaßt ist, beziehungsweise mit einer Ausnahme. Während wir in England im Bergbau Tarifverträge haben, haben wir in Deutschland keine Tarifverträge im Bergbau.

Wir sehen also an dieser Tatsache, daß Tarifverträge im Bergbau sehr wohl möglich sind, wenn es auch in Deutschland von Arbeitgeberseite noch bestritten wird.

Am stärksten erfaßt von dem Tarifgedanken ist das Buchdruckgewerbe; 66 Proz. aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen sind tarifgebunden. Das zweite Gewerbe, das hinter dem Buchdruckgewerbe kommt, ist das Baugewerbe. Da zeigt sich das Verhältnis 47 Proz. zur Zahl der überhaupt im Baugewerbe beschäftigten Personen.

Die neueste amtliche Statistik, die amtliche Zusammenstellung, die jüngst erschien, ergibt die überraschende Tatsache, daß von allen tarifgebundenen Personen die Hälfte in Betrieben beschäftigt werden, die zu den großen und größten gerechnet werden. Während 1908 die Denkschrift noch sagen konnte, daß die Tarifverträge die Grenzen des Handwerks noch nicht überschritten habe, heißt es jetzt in der Statistik des Reichs-Arbeitsblattes: »Die Mehrheit aller Personen dagegen gehört zu Tarifgemeinschaften, bei denen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als 20 Personen entfallen. Daraus ist zu schließen, daß die Mehrzahl aller durch die am 31. Dezember 1912 bestehenden Tarifverträge gebundenen Personen zu Betrieben gehört, die keinen handwerksmäßigen Charakter mehr tragen.«

Wir unterscheiden vier Formen des Tarifvertrages:

1. der Firmentarif. Das ist derjenige Tarif, der nur gilt für eine oder mehrere bestimmte Firmen.
2. der sogenannte Ortstarif, der gilt für eine Stadt: z. B. für die Bäckerarbeiter von Frankfurt a. M., sodaß dieser Tarif für alle jetzt bestehenden und noch hinzukommenden Firmen gilt.
3. kommt dann der Bezirksstarif, das ist der Tarif, der sich über die Stadt ausdehnt auf Bezirke, Provinzen und ganze Territorien, der überhaupt einzelne Firmen gar nicht mehr sieht.
4. die höchste Stufe ist der Reichstarif und fast schon dahinter der große Welttarif, der, so utopisch er heute noch scheinen mag, doch nicht so ganz ausgeschlossen ist.

Der Tarifvertrag hat die Tendenz, über die einzelnen Fabrikate hinauszuwachsen über Orts- und Bezirksvertrag, um Gewerbesetz zu werden, alle Beziehungen des gewerblichen Lebens zu ergreifen, nicht nur die Arbeits- und Lohnbedingungen des einzelnen Betriebes zu regeln, sondern das Gewerbe überhaupt.

Betrachten wir das Verhältnis der Organisationen zu den Tarifverträgen, so finden wir die außerordentlich wichtige Tatsache, daß es fast keinen Tarifvertrag mehr gibt, wo nicht auf Arbeitgeberseite eine Organisation der Träger des Tarifgedankens wäre. Die Organisationen haben heute die Tarifverträge in der Hand. Von den 10000 Tarifverträgen in Deutschland sind nur drei ohne Organisation abgeschlossen. Sie sind praktisch so gut wie erledigt. Die Organisationen auf Arbeitnehmerseiten sind die Schöpfer und Träger des Tarifvertrages.

Bei dieser Gelegenheit ist es ferner wichtig festzuhalten, daß die Tarifverträge in denjenigen Gewerben mit nachgewiesenermaßen starken Organisationen am zahlreichsten und am besten ausgebaut sind. Also starke und gute Tarifverträge, wo die Organisationen stark, dagegen schwache Verträge, wo die Organisationen schwach sind.

Dabei zeigt sich, daß nicht nur auf Arbeitnehmerseite die Organisation die große Rolle spielt, sondern in wachsendem Maße die Arbeitgeberorganisation einen Gegenkontraheanten bildet. Wenn wir auch noch viele Tarifverträge haben, wo die einzelnen Arbeitgeber oder der einzelne Arbeitgeber den Tarifvertrag abschließt, so zeigt sich doch in wachsendem Maße die Tendenz, daß an Stelle des Arbeitgebers der Verband tritt, der die Interessen des Einzelnen wahrnimmt, und so wächst also als die eigentliche Form des zukünftigen Tarifvertrages derjenige Tarifvertrag heran, wo auf beiden Seiten Kampforganisationen stehen, die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn nicht alles täuscht, ist die Zukunft des Tarifgedankens der zweiseitige Verbandstarif, wo also auf zwei Seiten die Organisationen stehen, und fast hebt sich wie ein mögliches Zukunftsbild heraus: Ein soziales Parlament. Auf der einen Seite das Arbeitgeberium, auf der anderen Seite das Arbeitnehmerium sich auseinandersetzen über die Grundbedingungen des Arbeitsverhältnisses, wie dies heute zum Teil schon der Fall ist. Wenn z. B. im Buchdruck- oder Baugewerbe Verhandlungen stattfinden, so sind dies bereits kleine gewerbliche Fachparlamente. Der Parlamentarismus ist also heute nicht mehr nur politisch, er ist zum Teil gewerblich und sozial geworden und vielfach ist dieser Parlamentarismus, der über Löhne, Arbeitszeit, Urlaubsverhältnisse usw. verhandelt, ebenso wichtig, wie politische Parlamente, die über Zäbern debattieren.

Die Annahme, daß der Tarifvertrag immer ein Kampfprodukt sei, ist also nicht mehr ganz richtig. Es ist vielmehr richtig, daß der allergrößte Teil der Tarifverträge auf Grund beiderseitiger Erwägungen: »Was ist billiger, der Kampf oder der Tarifvertrag?« entsteht. Während im Jahre 1905 von solchen »trockenen Lohnbewegungen« d. h. solchen ohne Streik, 982 zum Vertrag geführt haben, haben im Jahre 1912 3800 trockene Lohnbewegungen gegenüber 995 Kämpfen zum Tarifvertrag geführt. Also

die weitaus größte Zahl Verträge ist gewonnen aus friedlichen Verständigungen. Es wird bereits von beiden Seiten der Gedanke erkannt, über den Inhalt des Tarifvertrages ohne Kampf zu verhandeln. Nur große Wert der Organisation besteht hierbei darin, daß der Unternehmer stets die Gewähr hat: kommt es zu keiner friedlichen Einigung, dann hast du den Kampf.

So stark nun auch die Tatsachen für die günstige Entwicklung des Tarifgedankens sprechen, so begegnet die ganze Tarifentwicklung doch noch mancherlei Hemmungen. Auf Arbeitgeberseite sind heute im großen Strome diese Hemmungen nicht mehr vorhanden, und diejenigen, die von syndikalistischer Seite geltend gemacht werden, haben heute in Deutschland keinen Nährboden. Die tatsächlich heute noch vorhandenen Hemmungen sind dreifacher Art:

1. sind es volkswirtschaftliche Argumente,
2. soziale Argumente und
3. privatwirtschaftliche Argumente.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen sagt man, daß durch den Tarifvertrag die Industrie, soweit sie auf den Export angewiesen sei, zurückgedrängt werde. Man muß aber, wenn das sogenannte Bedürfnis der Industrie ins Feld geführt wird, sich immer eins vor Augen halten: die Industrie ist Gesamtheit, nicht der Einzelne die Industrie. Es ist durchaus möglich und selbstverständlich, daß durch die Ansprüche des Tarifvertrages die sozial schwachen Firmen unter die Karre kommen, aber das ist kein Verlust für die Volkswirtschaft, sondern unter Umständen sogar ein Gewinn. Man vergesse auch nie die Tatsache, daß trotz der günstigsten Tarifentwicklung unser Exporthandel in beträchtlichem Maße zugenommen hat.

Nach dem volkswirtschaftlichen kommt das soziale Argument: »Ich bin der Herr im Hause. Ich allein habe die Arbeitsbedingungen festzulegen.« Im günstigsten Falle ist der Unternehmer »Herr« über seine Maschinen, seine Sachgüter, aber doch niemals »Herr« über die Menschen, denn das widerspricht ganz unserem Zeitgeist. Das Eigentum an Produktionsmitteln schließt doch wirklich nicht den Menschen ein. Wer ist aber wirklich noch Herr im Hause? Gerade die am wenigsten, die am lautesten schreien, das sind die kartellierten Unternehmer, denen vom Kartell vorgeschrieben wird, ob und wie sie mit ihren Arbeitern verhandeln dürfen, wann sie aussperren müssen usw. Der Herr im Hause hat also keine Berechtigung mehr, denn der Mensch ist Mensch und keine Sache und Herrentum gibt es nur noch an Sachen.

Sind diese Argumente widerlegt, dann stellen sich die Herren der Werke wiederum zusammen und sagen: »Mag alles recht sein. Tarifverträge sind wichtig und möglich, aber bei unserer Arbeitsweise, bei den vielen kleinen Akkorden, die Rücksicht nehmen müssen auf die Verschiedenheiten der einzelnen Arbeiter, sind Tarifverträge unmöglich.« Also die Herren argumentieren gegen die Möglichkeit des Tariflohnes und sagen, weil in dem und dem Fall die Festsetzung auf Schwierigkeiten stößt, ist die Festsetzung eines Tarifvertrages unmöglich. Sie vergessen dabei, daß es sich ja nicht allein und nicht immer in erster Linie um die Festsetzung des Lohnes dreht, sondern daß ebenso die anderen Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Akkordberechnung, d. h. die Art der Preis-Ermittlung eines Werkstückes, die Überstunden, Arbeitspausen usw. festgelegt werden können. Um es kurz zu sagen: Die Tarifentwicklung hat heute noch Hemmungen, die streng genommen heute wissenschaftlich immer unhaltbarer werden. Es sind Willensargumente, die vorgehoben werden, weil eben der Tarifvertrag diejenige Vertragsform ist, die in sich das Bestreben ausdrückt, mittels der Arbeiter-Organisationen die Gleichberechtigung zu erreichen.

Zur Frage des Frauenwahlrechts.

Die Forderung, auch den erwachsenen weiblichen Personen das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften zu geben, wird seit Jahrzehnten von den Sozialdemokraten erhoben, und wiederholt sind ihre Vertreter in den Parlamenten für diesen Punkt des Parteiprogramms eingetreten, leider bis jetzt noch jedesmal ohne Erfolg. Meist fanden ihre Anträge nur geringe Unterstützung durch einige Vertreter anderer Parteien. Als im Januar 1914 eine entsprechende Petition des Verelms für Frauenstimmrecht im Reichstage verhandelt wurde, stimmte außer den Sozialdemokraten nur ein Teil der freisinnigen Abgeordneten für den doch recht bescheidenen Antrag der Sozialdemokraten, die Forderung der Regierung wenigstens zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dadurch ist auch den Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen wieder für absehbare Zeit die Gelegenheit genommen, in aktiver Weise am öffentlich-rechtlichen Leben teilzunehmen und mitzuwirken an den Gesetzen, die für das Leben und die Verhältnisse der Arbeiterklasse von einschneidender Bedeutung sind.

Welche Arbeiterin, die als Mitglied ihrer Berufsorganisation teilnimmt an dem Streben der Arbeiterklasse, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wäre aber hieran nicht interessiert?

Fast ohne Ausnahme müssen sich Arbeiterinnen mit Löhnen abspesen lassen, die bei der herrschenden

Teuerung sämtlicher Lebensmittel nicht ausreichen, den Körper genügend ernähren und anständig kleiden zu können. Wollen aber die Berufsorganisationen für Verbesserung der Arbeitsbedingungen wirken, dann werden ihnen auf alle mögliche Weise Schwierigkeiten bereitet. Die letzten Wochen haben diese den Arbeitern und Arbeiterinnen wieder deutlich in Erinnerung gebracht.

In den Betrieben wird den Beschäftigten gesagt: wenn ihr Euch organisiert oder nicht den Vereinigungen anschließt, die der Geschäftsteilung passen, ist für Euch keine Arbeit mehr da. Dabei werden strenge Strafen von den Gerichten über diejenigen verhängt, die durch einen Druck Arbeiter oder Arbeiterinnen für die Organisation werben wollen — aber nur dann, wenn die Aufforderung von Arbeitern oder Vertretern der Arbeiterorganisationen ausgeht. Noch kein Staatsanwalt hat gegen einen Unternehmer ein Strafverfahren eingeleitet, der die bei ihm beschäftigten Personen in die gelben Werkvereine gepreßt und diejenigen entlassen und auch veranlaßt hat, daß sie anderweitig nur sehr schwer unterkommen konnten, die ihrer Organisation treu blieben. Bei diesen darf also ungestraft die wirtschaftliche Abhängigkeit und der Zwang, verdienen zu müssen, ausgenutzt werden.

Wollen dann die Organisationen Versammlungen abhalten, werden diese oftmals durch Eingreifen der Polizeibehörden gestört oder gar verboten. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände will man zu politischen Vereinen steampeln, vor allen Dingen, um den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Mitgliedschaft und die Teilnahme an den Versammlungen zu unterbinden.

Noch schärfer aber gehen Polizei und Gerichte bei Ausständen vor. Daß den Streikposten der Aufenthalt in menschenleeren Straßen verboten wird und wegen angeblicher Beleidigung Arbeitswilliger mehrwöchige Gefängnisstrafen verhängt wurden, ist auch den Arbeiterinnen bekannt. Dadurch aber wurden dem so berechtigten Kampf der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen die größten Schwierigkeiten bereitet. Unter dieser Situation haben aber auch die Arbeiterinnen zu leiden und auch die nicht erwerbstätigen weiblichen Familienangehörigen der Arbeiterklasse. Deshalb muß in ihnen das Verlangen aufkommen, mitwirken zu dürfen an der Gesetzgebung, um der arbeitenden Bevölkerung und ihren Angehörigen die Lebensbedingungen zu erleichtern.

Immer mehr verheiratete Frauen werden durch die wirtschaftliche Notlage der Familie zur Erwerbsarbeit gezwungen, ohne Rücksicht auf die Hausfrauen- und Mutterpflichten, die die Arbeiterfrauen noch außerdem erfüllen müssen. Sie müssen mitarbeiten, um das Einkommen der Familie zu erhöhen, oder um durch ihr Einkommen die Familie in der Zeit über Wasser zu halten, wo der Mann keine oder nur beschränkte Arbeitsgelegenheit fand. Die Krisen, und damit die für die Arbeiterklasse so traurigen, immer wiederkehrenden Perioden der Massenarbeitslosigkeit, sind aber nichts anderes, als Folgen der Wirtschaftspolitik, die nicht genügend Rücksicht auf die große Mehrzahl der Bevölkerung nimmt, weil der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Regierungen in Staat und Gemeinden noch zu gering ist. Durch die Mithilfe der weiblichen Bevölkerung könnte dieser Einfluß aber vergrößert werden. Deshalb fordern die aufgeklärten Arbeiter das Wahlrecht auch für die erwachsenen weiblichen Personen und sind bemüht, durch besondere Veranstaltungen immer wieder das Interesse selbst der bisher Gleichgültigen wachzurufen für die Vorgänge im öffentlichen Leben und der Zusammenhänge des Wirtschaftslebens.

Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sollen daran erinnert werden wie man der Bevölkerung Brot und Fleisch verteuert und sie dann mit Versprechungen und völlig unzureichenden Schutzgesetzen abgefunden hat. Die für 1910 versprochene und 1912 in Kraft getretene Hinterbliebenenversicherung hat den Landesversicherungsanstalten Millionengewinne und den arbeitsunfähigen Witwen versichert gewesener Männer minimale Unterstützungen gebracht. Vom Hausarbeitsgesetz sind die beiden wichtigsten Paragraphen, die einigmaßen auf gleichmäßige Entlohnung einwirken könnten, noch immer nicht in Kraft getreten, und der Bundesrat hat noch für keinen Beruf die Errichtung von Fachausschüssen angeordnet. Dabei ist das Gesetz schon seit dem 1. April 1912 in Wirksamkeit. Daß neuerdings die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung abgelehnt wurde, war nach den bisherigen Erfahrungen eigentlich verständlich, müßte aber doch den weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse die Augen darüber öffnen, daß diese auf Hilfe von außen nicht rechnen kann, sondern sich auf die eigene Kraft stützen muß, um bessere Daseinsbedingungen zu erringen.

Daher müssen die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen auch die Forderungen unterstützen, deren Durchführung für sie Mitwirkungsrecht in Staat und Gemeinde bringt. Gelegenheit hierzu bieten ihnen die Versammlungen am 8. März d. J. Diese sollen den maßgebenden Kreisen zeigen, wie groß die Zahl derjenigen ist, die Gleichberechtigung für beide Geschlechter verlangen und nur Massenbesuch wird beitragen, die Schranken zu beseitigen, die bis jetzt noch der freien Betätigung der weiblichen Bevölkerung entgegenstehen.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Unternehmerstimmen.

Am 24. Januar veröffentlichte die Vereinigung Leipziger lithographischer Anstalten in der Ortspresse einen Handelsbericht, dessen Schlußteil folgenden Wortlaut hat:

»Was die Arbeiterverhältnisse angeht, so zieht sich durch fast alle Berichte unserer Firmen die Klage über einen Mangel an guten Arbeitskräften. Obgleich eine genügende Anzahl von Arbeitern vorhanden war, so fanden sich wirklich tüchtige Kräfte nur äußerst selten, da die Ausbildung der Durchschnittsarbeiter viel zu wünschen übrig ließ. Es zeigt sich immer mehr die Tatsache, daß der Arbeiterstand unseres Erwerbszweiges in dem Streben nach persönlicher Tüchtigkeit und Überlegenheit nachläßt. Um diesem von Jahr zu Jahr immer mehr fühlbar werdenden Mangel zu begegnen, haben sich die Firmen zusammengetan, um den Fachunterricht auszubauen, der dem gewerblichen Nachwuchs eine genügende Ausbildung gewähren soll. Große Opfer sind bisher gebracht worden, und große Opfer sind noch fernerhin zu bringen, bis dieses Ziel, eine Gewähr für eine genügende Ausbildung zu haben, erreicht ist. — Streiks während des Jahres sind nicht zu verzeichnen gewesen. Dagegen verstand es die Organisation der Arbeitnehmer, durch zielbewußtes, planmäßiges Vorgehen eine Erhöhung der Löhne durchzusetzen, so daß wir am Ende des Berichtsjahres in unserer Branche Löhne hatten, wie sie kaum in einer anderen angebroffen wurden.«

Diesen Bericht haben sich das »Steindruckgewerbe« und die »Neue Deutsche Papierzeitung« zu eigen gemacht.

Am 25. Januar folgte von der Unternehmervereinigung ein Eingesandt, das von günstigen Aussichten bei der Wahl des Berufes als Lithograph oder Steindruckerei spricht und die Runde durch die gesamte Amtsblattpresse der Bezirke Leipzig machte. Ganz ohne Zweifel besteht zwischen den beiden Auslassungen ein gewollter Zusammenhang. Wie aber liegen in Wirklichkeit die Dinge?

Durch wahl- und unterschiedslose Masseneinstellungen von Lehrlingen haben die Unternehmer in unverantwortlicher Weise solange gewartet, bis es der Arbeiterorganisation durch einen opferreichen Kampf im Jahre 1906 erstmalig gelang, auch auf diesem Gebiete Einfluß zu gewinnen. Nur widerwillig fügten sich die Unternehmer dem Erzwungenen. Und selbst die in dem abermaligen großen Kampfe 1911/12 getroffenen Abmachungen über das Lehrlingswesen werden vielfach nur durch Zwang befolgt. Mit der skrupellosen Lehrlingszüchtereigang eine beispiellose auf Kosten der Ausbildung betriebene Ausbeuterei der Lehrlinge Hand in Hand. Es soll unvergessen bleiben, daß ein strammes Mitglied der Unternehmervereinigung sagte, einen Postkartenlehrling, der im 2. Jahre lernt und wöchentlich nicht für 25 Mark Arbeit liefert, kann ich nicht brauchen. Und weiter soll unvergessen bleiben, daß bei einem ebenso strammen Mitgliede dieser Unternehmervereinigung festgestellt werden mußte, daß ein Lehrling nur ein Drittel der Zeit mit beruflichen Arbeiten beschäftigt wurde. Und wenn auch sonst noch festzustellen ist, daß die Lehrlinge vielfach nur ausgebeutet und zu die Handlangerdiensten gebraucht werden, so steht es denselben Unternehmern besonders schön, Arbeiter, deren Grundlage sie verdorben haben, gleichsam als Idioten zu beschimpfen. Es muß aber auch einmal gesagt werden, daß die Unternehmer zumeist nichts dafür kennen, wenn unter den elenden Verhältnissen trotzdem musterwürdige Arbeiter entstanden sind.

Die Sehnsucht nach der alten Herrlichkeit der massenhaften Lehrlinghalterei sitzt aber so tief, daß zu ihrer Befriedigung selbst jetzt noch untaugliche Mittel angewendet werden.

Mit diesen Mitteln wird aber der Laie in gar nicht zu verantwortender Weise in den Glauben versetzt als sei in den Berufen noch etwas besonderes zu holen. In Wirklichkeit geht es unaufhaltsam abwärts. In solcher Erkenntnis stellt der Handelsbericht der Unternehmer einleitend auch fest, »daß der Umfang der Herstellung und der Absatz unserer Erzeugnisse gegen das Vorjahr nicht unwesentlich abgenommen hat«. Umso verwerflicher ist deshalb die beim Lehrlingsfang betriebene Schönfärberei. Die alte Handarbeit des Lithographen hat der mechanische Zeichner, die Photographie, mehr und mehr übernommen. Die Maschinen sind immer größer und schnelllaufender geworden. Ein beträchtlicher Teil der Arbeiten ist infolge der technischen Entwicklung zu anderen Drucktechniken abgewandert. Das Aufkommen der Flächenkunst und sonstige Änderungen des Geschmackes haben die Arbeitsmenge sehr verringert und die verfehlte Zollpolitik des Reiches hat den Export der Erzeugnisse ganz gewaltig zurückgehen lassen.

Für die Lithographie kommt noch hinzu, daß ein systematisch von den Unternehmern gezüchtetes Zwischenmeistertum alle Schäden der Hausarbeit mit sich gebracht hat. Ohne jeden Zusammenhang untereinander sind diese Privatlithographen in der Preisgestaltung der Willkür der Unternehmer unterworfen und führen deshalb, soweit es ehrliche Menschen sind ein kümmerliches Dasein, die Unehrlichen aber bleiben den Gehilfen einfach den Lohn schuldig. Das ist den Unternehmern nicht unbekannt geblieben.

Das alles hat zu schier beispielloser Arbeitslosigkeit und zum Verdrängen vieler Hunderte Arbeiter aus dem Berufe geführt. Die Kontrollziffern der Arbeitslosigkeit in Leipzig zeigen für die Jahre 1908 bis 1913 die erschrecklichen Ziffern von 62983 Tagen bei den Lithographen und von 97848 Tagen bei den Steindruckern. In diese Ziffern ist nicht eingerechnet, was durch Herabsetzung der regulären Arbeitszeit und Aussetzen an Verlust entstanden ist und in welcher Weise Unorganisierte von Arbeitslosigkeit betroffen werden. Nach vorsichtiger Schätzung dürften sich hierdurch die Ziffern um den vierten Teil erhöhen. Dabei sind in Leipzig nur 1700 Lithographen und Steindruckerei vorhanden. Die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter ist deshalb zur ständigen Erscheinung geworden. Leider ist aber auch Besserung nicht mehr zu erwarten; im Gegenteil, die Mechanik wird noch weitere Gebiete aufsaugen. Darum ist es leeres Gerede, wenn die Unternehmervereinigung den Glauben zu erwecken sucht, als sei ein Aufschwung der alten Reproduktionsmethoden zu erwarten und daß deshalb ein ausgesprochenes Bedürfnis zur Lehrlingseinstellung vorhanden sei. Der wahre Grund ist, das Überangebot an Arbeitskräften noch höher zu treiben, um die Lebenslage der Arbeiter noch mehr herabdrücken zu können. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß ziffernmäßig der gesamte Nachwuchs jedes Jahr zweimal aus dem Berufe gedrängt wird. Denn während normaler Weise der Nachwuchs den natürlichen Abgang vom Gewerbe ergänzen und dann zu dessen Ausbreitung beitragen müßte, wird tatsächlich die Zahl der Beschäftigten von Jahr zu Jahr geringer. Die Auslassungen der Unternehmer sind deshalb irreführend.

In ihrem Eingesandt empfehlen die Unternehmer die Fachschule als Aukunftsstelle. Wohl ist die Fachschule auf Betreiben der Gehilfen vom Rat der Stadt eingerichtet worden, den Gehilfen wurde aber auf etwas eigentümliche Weise Sitz und Stimme in Kuratorium vorenthalten. Zu welchem Zwecke, zeigt das jetzige Treiben der Unternehmer. Wir verkennen nicht, daß die Fachschule einmal geeignet sein wird, das zu leisten, was erwartet werden muß. Zur Zeit ist das aber noch nicht der Fall, auch wenn die Unternehmer in ihrem Eingesandt den Mund noch so voll nehmen. Eins aber ist die Fachschule doch geworden: eine Agentur für vermehrte Lehrlingseinstellung. Und so

sehen wir, wie die Unternehmer das Angeheime mit dem Nützlichen durch die Fachschule verbinden: diese dient gleichzeitig zur Beruhigung des Gewissens für alle Sünden und wird in schönfärbender Weise in den Dienst massenhafter Lehrlingsgewude gestellt. Und ist das erreicht, dann wird zwar immer noch über angeblich hohe Gehilfenlöhne gefabelt, diese werden dann aber noch systematischer als bisher gedrückt. Das aber ist schließlich der Zweck der ganzen Übung.

Daß das Treiben der Unternehmer Vertragsbruch ist und mit den Verhandlungen am 10. Dezember 1912 in Widerspruch steht, sei nur nebenbei erwähnt. Auf eins aber sei besonders hingewiesen. Das Schutzverbandsorgan hat sich die Schmähungen des Leipziger Handelsberichtes zu eigen gemacht. In seiner folgenden Nummer geißelt es aber gegen die technischen Weiterbildungsbestrebungen der Gehilfen, darauf wird noch besonders eingegangen werden. Inzwischen mag festgestellt sein, daß das Schutzverbandsorgan seiner spottet und weiß nicht wie.

E. Herbst.

Die oberste Instanz.

IV.

Daß die auf unserer letzten Generalversammlung erfolgte Regelung unserer Angestelltengehälter die jetzige Diskussion über die oberste Instanz und über die Demokratie in den Gewerkschaften ausgelöst hat, wird mancher Kollege auch als einen Erfolg betrachten. Denn über dieses jetzt so wie so aktuelle Thema hat man schon bei der kürzlich abgeschlossenen Debatte über die Generalversammlung, besonders über die Gehaltsregulierungen, die verschiedensten Ansichten herauslesen können. Eine Klärung dieser Meinungsverschiedenheiten ist aber für unsere Organisation nur wünschenswert.

Ohne mich in die Auseinandersetzungen über die Zulässigkeit oder Schädlichkeit der Fremdwörter zu mischen, will ich gleich betonen, daß ich eine Urabstimmung gewissermaßen als ein »Sicherheitsventil« in unserer Arbeiterbewegung betrachte und daß sie von diesem Gesichtspunkte aus der Bewegung zum Nutzen sein kann. Denn es ist doch meiner Ansicht nach immer noch besser, wenn eine Mehrheit der Mitglieder einen ihr nicht zusagenden Beschluß einer Generalversammlung durch eine Urabstimmung als letztes Mittel selbst korrigiert, als wenn sich der Unmut in unsern Mitgliederkreisen dermaßen anhäuft, daß er sich vielleicht letzten Endes zum Schaden der ganzen Bewegung auf irgend eine andre Art und Weise entläßt.

Nach § 51 Abs. c des Statuts besteht ein Recht auf Urabstimmung, sofern die in diesem Absatz festgesetzten Voraussetzungen erfüllt sind, d. h. sofern sich der fünfte Teil der Mitglieder dafür erklärt. Im vorliegenden Falle hätte diesem Recht nach Erfüllung der genannten Voraussetzung unbedingt Rechnung getragen werden müssen.

Kollege Müller scheint aber anderer Meinung zu sein. Er sagt: die Generalversammlung ist die oberste Instanz. Das ist richtig und niemand wird diese oberste Instanz abschaffen wollen. Denn eine Spitze muß jede Organisation haben, um die sich die Mitglieder scharen können. Wie wäre es aber, wenn auf einer Generalversammlung ein Beschluß zustande käme, der — sagen wir einmal: nicht ganz einwandfrei von den obersten Instanzen vorbereitet wurde. Und das traf doch wohl im vorliegenden Falle zu! Wenn auch anzunehmen ist, daß auf die Generalversammlungen die tüchtigsten Mitglieder geschickt werden, so kann doch auch ruhig zugegeben werden, daß selbst diese auserlesene Körperschaft Fehler begehen kann, denn Menschen sind wir doch alle. Ich will auch gleich beweisen, daß derartige Fehler in dem in Frage stehenden Falle gemacht worden sind. Man sagt nicht mit Unrecht, daß sich die Delegierten bei den in Betracht kommenden Anträgen gewissermaßen überrumpeln ließen. Das wurde sogar von Generalversammlungsteilnehmern zugegeben. Wenn sich nun in einem solchen Falle die Mitglieder gegen einen in dieser Weise zustande gekommenen Generalversammlungsbeschluß wehren, wozu sie nach dem Statut ein Recht haben, so ist das meiner Ansicht nach nur ein gutes Zeichen für ihre Wachsamkeit.

Die Befürchtung, daß aus den niedrigsten Anlässen Urabstimmungen zustande kommen könnten, erscheint mir unbegründet. Es will schon viel heißen, ein Fünftel aller Mitglieder für die Veranlassung zu gewinnen und zusammen zu bringen. Ich würde es daher sogar für angebracht halten, die Bestimmung über das bewußte Fünftel in der Weise abzuändern, daß statt »der Mitglieder« gesagt wird »der Versammlungsteilnehmer«. Denn wenn eine große Mitgliedschaft, z. B. Dresden, eine gutbesetzte Versammlung hat, so werden doch höchstens 200 von nahezu 1000 Mitgliedern anwesend sein. Wie dann der zur Beantragung einer Urabstimmung notwendige fünfte Teil der Mitglieder zusammen-

kommen soll, ist schwer zu sagen, um so schwerer, als doch wohl die großen Mitgliedschaften in solchen Fällen ausschlaggebend sind.

Willy Becher-Dresden.

Unsere österreichischen Bruderverbände im Jahre 1913.

Österreichischer Senefelder-Bund. Diese Organisation hatte mit 31. Dezember 1913 einen Mitgliederstand von 3265 zu verzeichnen, das ist um 111 weniger als im vorhergehenden Jahre. Ein großer Teil der im Gewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter steht außerhalb der Organisation und will sich daher die zweite Klasse (die der Hilfsarbeiter) speziell in den deutschen Gebieten in Böhmen nicht stärken. Es ist bei dieser Arbeitergruppe auch mit einer immerwährenden Fluktuation zu rechnen, wodurch die Agitation sehr erschwert wird.

Das finanzielle Ergebnis ist trotz eines kleinen Überschusses gegen die vergangenen Jahre schlechter, da auch diese Organisation so wie viele andere infolge der Krise mit einem hohen Konditionslosensstand zu rechnen hatte. In letzter Zeit vermehrte sich auch der Invalidenstand, wodurch das Unterstützungskonto stark belastet wird.

Die Einnahmen betragen 194812 K, die Ausgaben hingegen 191678 K; an Unterstützungen wurden 141000 K ausgegeben; das Vermögen am 31. Dezember 1913 beträgt K 271 703,30 inklusive einer Übernahme von K 40 173,40.

Lohnkämpfe oder Tarifierneuerungen waren im vergangenen Jahr keine zu führen. Die wirtschaftliche Lage begann sich Ende des Berichtsjahres zu bessern; dies dauerte aber nur kurze Zeit und die Geschäftskonjunktur ist abermals schlechter geworden.

Für den inneren Ausbau der Organisation wurde ganz Ansehnliches geleistet. Es fand die dreijährige Generalsversammlung am 24., 25. und 26. Mai 1913 statt, wo die Einbeziehung der diversen Lokalfondskassen beschlossen wurde, was der Zentrale zirka 40000 K an Vermögen zuführte; desgleichen wurden wichtige Änderungen im Statut und in den Regulative beschlossen und für die Mitglieder der zweiten Klasse wurden neue Unterstützungen geschaffen. Gleichzeitig wurden aber auch strenge Beschlüsse gegen das Restantenunwesen und für die Stellenvermittlung beschlossen. Weiter hat der Österreichische Senefelder-Bund den Beschluß gefaßt, besondere Erleichterungen zum Beitritt jenen jungen Arbeitern zu geben, welche dem Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs angehörten, und befaßte sich in sehr eingehender Weise mit der Möglichkeit der Schaffung einer graphischen Union.

Vom 24. bis 28. August fand der VIII. internationale Kongreß der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe in Wien statt, wo die Einrichtungen der angeschlossenen Organisationen, die Schaffung von Industrieverbänden, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Länder und die Lohnkämpfe, die Angehörigkeit zum internationalen Sekretariat, die Gegenseitigkeitsverträge, die Bestimmungen, die Beitragsleistung, die Aufnahmebedingungen, die internationale Streikunterstützung usw. eingehend besprochen und diesbezüglich auch Beschlüsse gefaßt wurden. — Anlässlich dieses Kongresses fand eine Drucksachenausstellung in Wien statt, in welcher die technischen Umwälzungen im Druckgewerbe sehr deutlich veranschaulicht wurden.

Verein der photographischen Mitarbeiter. Der Mitgliederstand am Jahreschluss betrug 221, der Mitgliedererwerb im abgelaufenen Jahr 18. An Unterstützung wurden ausgezahlt K 830,51. — Es wurde ein Einzeitarifvertrag mit 90 Firmen in Wien abgeschlossen, nachdem der vorgelegte Kollektivvertrag von der Genossenschaft abgelehnt wurde. — Die wirtschaftliche Krise hat auch dieses Gewerbe bedeutend getroffen, was am deutlichsten aus der großen Anzahl von Stellenlosen zu sehen ist. — Die Ortsgruppe Graz hat die anderthalbstündige Mittagspause bei den dortigen Unternehmern durchgesetzt. — Die Ortsgruppe Krakau hat sich mit der gegenwärtigen polnischen Organisation vereinigt. — Die Ortsgruppe Lemberg hat wegen der Sonntagsruhe bei der Behörde Schritte eingeleitet, die zum Teil bereits von Erfolg waren. — Das Fachblatt »Photographische Presse« erscheint monatlich einmal. In Wien hat sich ein Agitationskomitee gebildet, dem es gelungen ist, in kurzer Zeit 52 Kollegen der Organisation zuzuführen.

Aus der »Gewerkschaft«, Wien.

Der Lithograph

Zur Beachtung für graphische Zeichner.

Vor der achten Kammer des Gewerbegerichts Berlin klagte kürzlich der Lithograph W. gegen den Inhaber eines Reklame-Agenturgeschäftes H. auf Zahlung des Lohnes für gelieferte Plakat-Zeichnungen. H. hatte die Zahlung des von W. verlangten Lohnes, als zu hoch berechnet, abgelehnt.

W. war durch den Arbeitsnachweis unseres Verbandes, an den sich H. gewandt hatte, vermittelt worden. Die Arbeiten selbst hatte W. in einer Kunstanstalt ausführen müssen, die ihm von H. bezeichnen worden war, weil dort die Steine zur Verfügung standen. H. bestritt die Zuständigkeit des Gewerbegerichts, indem er behauptete, er habe W. gesagt, daß er nur von Fall zu Fall ein einzelnes oder mehrere Plakate zu zeichnen habe und diese auch demgemäß honoriere. Dann habe ja W. selbst das Material gestellt, mit Ausnahme der Steine. Das Gericht folgte dem Antrag des Beklagten und hielt sich aus dem vom Beklagten vorgebrachten Gründen nicht für zuständig.

Unseres Erachtens ist diese Entscheidung irrig, da man mit diesen Argumenten jeden Heimarbeiter als einen selbständigen Gewerbetreibenden betrachten könnte; das Gewerbegericht wäre dann auch für diese nicht zuständig. Bis jetzt haben die Gewerbegerichte sich nie auf diesen Standpunkt gestellt. Es liegt deshalb im Interesse der Lithographen und graphischen Zeichner, daß sie die Frage im Auge behalten und sich beim Abschluß von Arbeitsverträgen sichern. Beim Engagement sollte man sich nie auf lose Redensarten einlassen, sondern ein so lange bindendes, am besten schriftliches Engagement abschließen, bis durch eine ständige Regelung die Usancen festlegend geworden sind. Am besten ist es, wenn man die Lieferung des Arbeitsmaterials verlangt. Die graphischen Zeichner müssen hier mit Selbsthilfe eingreifen, sonst schweben sie arbeiterrechtlich in der Luft.

Der Steindruck.

Der Zink- und Offsetdruck.

In der Februar-Versammlung der Hamburger Zahlstelle hielt der Kollege Schreiber, Berlin, vor einer zahlreich erschienenen Kollegenschaft einen Vortrag über den Zink- und Offsetdruck. Der Redner führte etwa folgendes aus:

Seit Jahren haben wir in unseren Berufen fortgesetzte Umwälzungen. Vor allem macht sich das Bestreben geltend, die Chromolithographie mehr und mehr durch photographische Verfahren zu ersetzen. Auch der Druck erfährt insofern eine Umgestaltung, daß an Stelle des Lithoplasteines immer mehr das Zink tritt. Dieses ist schon bedingt durch die Einführung der Rotary- und Offsetmaschinen. Vorläufig mangelt es uns noch an Kräften, die den Zinkdruck genügend beherrschen. Aufgabe eines jeden Druckers muß es deshalb sein, sich mit der Behandlung des Zinks vertraut zu machen. Betrachten wir deshalb die Eigenschaften des Zinks einmal etwas näher.

Viel Schwierigkeiten wurde dem Druck von Zink dadurch bereitet, daß das Zink bleihaltig ist. Vollständig bleifreie Zinkplatten herzustellen ist bis heute nicht gelungen, es werden deshalb immer diejenigen Fabrikate bevorzugt, die am wenigsten Bleigehalt aufweisen. Gegenwärtig ist schlesisches Zink mit 1/100 Bleigehalt für Druckzwecke am besten geeignet. Ein starker Bleigehalt im Zink verursacht ein schnelles Blankwerden und Tönen der Platten.

Beim Lesen von Senefelders Lehrbuch sehen wir, daß schon Senefelders Versuche mit dem Zinkdruck gemacht hat. Das Zink würde sich auch bedeutend schneller eingeführt haben, wenn die Technik im Maschinenbau schon früher die heutigen Resultate geliefert hätte. Zum Zinkdruck werden die vollkommensten Maschinen gebraucht. Von Wichtigkeit bei der Behandlung der Zinkplatten ist, diesen das natürliche Korn des Lithoplasteines zu geben. Um dies zu erreichen, kommen die rohen Platten, von denen die Politur mit Sapersäure oder Bimsteinpulver und Filzballen beseitigt ist, in eine Schleifmühle. Dabei ist zu beachten, daß zum Schleifen ein möglichst harter Sand verwandt wird. Nach etwa 20 Minuten wird der Sand zermalen sein. Es wird dann noch eine zeitlang weiter geschliffen, um das zu scharfe Korn etwas abzuschleifen. Nach dem Schleifen werden die Platten mit Säure übergoßen oder sie kommen in ein Bad. Die mit dem Zink bisher erzielten Erfolge sind sehr verschieden. Häufig kommt es vor, daß trotz immer gleicher Behandlung der Platten Fehlresultate zu verzeichnen sind.

Redner nannte dann die verschiedenen Verfahren, nach denen heute gearbeitet wird. Besonders Verdienste um den Zinkdruck hat sich Herr Julius Wetzel, Gründer der Firma Wetzel & Naumann, durch jahrzehntelange Praxis erworben. Anfänglich hatte die genannte Firma die bekannten Kalksinterplatten in den Handel gebracht, die sich aber nicht bewährt haben. Das jetzige Wetzelsche Verfahren besteht in einer Vorpräparation der Zinkplatten mit einer Präparationsmasse. Durch diese wird die Platte mit einer künstlichen Oxydschicht versehen. Diese Schicht wird durch die Ätze in eine gute fettfeindliche Ätzsicht verwandelt. So behandelte Platten halten hohe und höchste Auflagenzahl aus.

Für den Umdruck sind gute fette Abzüge notwendig. Vor allem muß eine von allen Fremdkörpern freie Federfarbe mit Zusatz von etwas Umdruckfett verwandt werden. Beim Überziehen der Umdrucke muß mit mehr Druck gearbeitet werden, wie beim

Stein erforderlich ist; auch muß der Umdruck öfter durchgezogen werden, damit eine innige Verbindung der Farbe mit der Platte erreicht wird. Nachdem der Kleister dann gut abgewaschen ist, wird die Platte dünn gummiert, am besten wird das Gummi mit einem Lappen ganz gleichmäßig verrieben, dann wird über das Gummi mit Asphalt ausgewaschen und eingewalzt. Hierbei wolle man beobachten, daß eine gute nicht zu harte Walze verwandt wird. Zum Entfernen des Schmutzes werden verschiedene Mittel angewandt.

Von großer Wichtigkeit ist die Verwendung brauchbarer Ätze. Die Ätze soll ein künstliches Oxyd auf der Platte bilden, damit auch geschabte Stellen nicht mehr annehmen. Auch muß die Ätze genügend lange auf der Platte stehen, da sich erst nach 3 bis 4 Minuten die Oxydschicht bildet.

Die Anfertigung der Lithographie kann auf der Zinkplatte in derselben Weise geschehen wie beim Stein. Auf der gewöhnlichen Zinkplatte wird das Korn für Kreidelzeichnungen in der Schleifmühle erzeugt, während bei den Wetzelschen Platten dieses durch ein Sandgebläse hergestellt wird. Klatschdrucke auf Zink müssen, um ein Annehmen von Farbe zu verhüten, gepudert werden. Wenn die Platte vom Lithographen kommt, wird diese mit Asphalt, der mit etwas Talkum vermischt ist, eingepudert, dann schwach geätzt. Am besten verwendet man hierzu schon früher gebrauchte Ätze, die man auf der Platte trocknen läßt, damit die Tusche genügend verhärtet.

Will der Drucker von alten Platten, auf denen die Farbe eingetrocknet ist, Abzüge machen, dann kann man nicht wie beim Stein mit Hilfe von Holzkohle die alte Farbe entfernen. Es empfiehlt sich vielmehr folgende Behandlung. Nachdem die Platte zunächst stark gummiert wurde, wäscht man ab, gummiert nochmals schwach, nach dem Trocknen wäscht man über das Gummi mit Äter oder Spiritus aus. Nachdem alle alte Farbe entfernt ist, behandelt man die Platte mit Auswaschtinktur, damit die Zeichnung wieder genügend Fett bekommt. Auf diese Weise können alte Originale wieder in druckfähigen Zustand gesetzt werden.

Der Maschinendruck hat schon manchem Drucker große Schwierigkeiten bereitet. Lange Zeit waren die Maschinen zum Druck von Zinkplatten ungeeignet. Selbst die neuesten Maschinen haben noch vielfach Mängel aufzuweisen. Beim Steindruck treten kleine Mängel der Maschinen nicht so in Erscheinung wie beim Zink. Oft verursacht eine zu straffe Führung des Druckzylinders, daß dieser auf der Platte scheuert und der Drucker plagt sich ab, ohne das gewünschte Resultat zu erzielen. Derartige Mängel lassen sich bei gewissenhafter Arbeit der Maschinenfabriken leicht verhüten oder durch fachgemäße Arbeit des Monteurs leicht beseitigen und ersparen dem Drucker eine Menge Verdruß.

Es muß ferner beim Druck von Zinkplatten den Walzen die nötige Aufmerksamkeit gewidmet werden. Eine Zeitlang war man der Meinung, daß der zwangsläufige Walzenantrieb sich für den Druck von Zink am besten eignen würde. So ist es jedoch nicht. Solange die Maschine neu ist, mag dies gehen, nachdem aber die Walzen abgenutzt sind oder durch unterlegen eine andere Stärke erhalten haben, werden sich stets Schwierigkeiten ergeben. Die Laufreifen der Maschinen müssen stets in gutem Zustande erhalten werden, um ein Aufspringen der Walzen auf die Platte zu vermeiden; auch sind Walzenwaschmaschinen zum Reinigen der Walzen sehr zu empfehlen, da durch diese etwaige Unebenheiten der Walzen wieder beseitigt werden. Was hier von den Farbwalzen gesagt wird, trifft auch auf die Feuchtwalzen zu. In gutem Zustand erhaltene Feuchtwalzen sind für den Druck von Zink unerlässlich. Der bisher verwandte Feuchtwalzenstoff ist für Zink nicht besonders zu empfehlen. Es sind mit einem hierfür besonders geeigneten plüschartigen Stoff gute Erfahrungen gemacht. Eine stets im guten Zustande gehaltene und vom Drucker vollständig bemahlerte Maschine wird auch im Druck von Zink gute Resultate liefern.

Von Wichtigkeit ist noch der benutzte Zylinderantrieb. Nachdem es die Technik soweit gebracht hat, einwandfreie Gummitücher zu liefern, ist es zu empfehlen, auch solche für den Flachzinkdruck zu verwenden.

Der Referent sprach dann noch die verschiedenen Druckverfahren an Hand einer hierzu aufgemachten Ausstellung und wies besonders auf ein ganz neues amerikanisches Verfahren hin, das mit Hilfe der Photographie hergestellt ist und staunenerregende Resultate zeitig hat. Hierbei betonte der Referent besonders, daß es mit Hilfe dieses Verfahrens möglich sein werde, dem Flachdruck das Feld zurückzuerobern, das ihm vom Hochdruck (Drei- und Vierfarbendruck) genommen ist. Dies dürfte schon aus dem Grunde möglich sein, weil beim Flachdruck eine beliebige Vervielfältigung des Druckträgers ohne große Kosten möglich ist.

Daß der Referent mit seinen Ausführungen ein Thema behandelt hatte, das für die Kollegen von großer Wichtigkeit war, bewies die aufmerksame Zuhörerschaft und der starke Beifall am Schluß der Ausführungen.

Die photomech. Fächer.

Die Tarifgemeinschaft der Chemigraven und Kupferdrucker im Jahre 1913.

II.

Das Berichtsjahr 1913 schließt eine zehnjährige Tarifperiode ab. Aus diesem Anlaß erinnert der Geschäftsbericht des Tarifamtes daran, daß die Anträge zur Vereinbarung eines Lohn tariffs und zur Bildung einer Tarifgemeinschaft im Jahre 1903 von den Gehilfen ausging, um eine weitere Verschlechterung der gewerblichen Verhältnisse, die immer mehr bergab gingen, zu verhindern, ihre Hebung anzubahnen und Ordnung in das Gewerbe und in die für die Gehilfen in erster Linie wichtigen Arbeitsbedingungen zu bringen. Die Prinzipale machten die Schaffung eines Lohn tariffs aber abhängig von der gleichzeitigen Verpflichtung der Gehilfen auf Durchführung eines Preistarifs. Im September 1903 kam daraufhin die Tarifgemeinschaft unter Schaffung eines Lohn- und Preistarifs zustande. Der Geschäftsbericht konstatiert ausdrücklich, »daß die Bestimmungen des Lohn tariffs in seinem zehnjährigen Bestehen von den Tarifpartei im allgemeinen gewissenhaft respektiert worden sind. Von der Durchführung des Preistarifs kann zwar nicht das gleiche gesagt werden, denn es steht fest, daß derselbe nur zum Teil der Preisunterbreitung wirksam entgegensteuern konnte; im wesentlichen aber hat er doch ein weiteres Sinken der Herstellungspreise unter den gewerbsüblichen Stand veranlaßt.«

Während die erste Statistik des Tarifamtes nur über 75 vorhandene Anstalten mit 1006 tätigen Gehilfen berichten konnte, enthält die Statistik von 1913 Material über 178 Anstalten mit 2750 Gehilfen, ein Beweis, daß die Tarifgemeinschaft mit Lohn- und Preistarif der Ausdehnung des Gewerbes nicht nur durch Vergrößerung der bestehenden Betriebe und Vermehrung der in ihnen beschäftigten Gehilfen, sondern auch durch Begründung neuer Anstalten in keiner Weise hinderlich war. Der Bericht macht noch folgende vergleichenden Angaben aus den Statistiken von 1903 und 1913: »Von den Anstalten sind zurzeit organisiert 157 von 187 = 83,2 Proz.; von den Gehilfen 2614 von 2750 = 95,1 Proz. (1903: 54 von 75 Anstalten = 72,0 Proz., 696 von 1006 Gehilfen = 69,2 Proz.). Das Prozentverhältnis der Lehrlinge zu den Gehilfen betrug 1903: 31,6 Proz., 1913: 20,7 Proz. Die Arbeitszeit betrug 1903 bei 44,5 Proz. der Gehilfen 48 Stunden und darunter, 1913: bei 89,7 Proz. 48 Stunden und darunter. 1903 wurden 12,7 Proz. der Gehilfen tarifwidrig entlohnt, 4,9 Proz. zum Minimum, die anderen darüber; 1913: 3,8 Proz. unter dem tariflichen Lohn, 1,8 Proz. zum Minimum und die anderen höher«, obwohl der Mindestlohn, woran wir in diesem Zusammenhange erinnern wollen, seit 1903 mehrfach erhöht worden ist. Wir werden daher dem Tarifamt durchaus zustimmen können, wenn es in seinem Geschäftsbericht hervorhebt:

»Alles in allem wird anerkannt werden müssen, daß durch die Tarifgemeinschaft dem Gewerbe und seinen Angehörigen ein schätzenswerter Dienst in ruhiger Fortentwicklung des Gewerbes und in der Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Angehörigen geleistet worden ist, dessen Wirkung man nach beiden Richtungen hin vielfach nicht richtig zu würdigen geneigt ist, trotzdem man davon überzeugt ist, daß ohne die Tarifgemeinschaft die Erwerbsverhältnisse für beide Tarifparteien heute sicherlich nicht so erträglich gelagert sein würden, als dies tatsächlich der Fall ist. Es gilt also auch für die Folge, unter dem Zeichen der Tarifgemeinschaft an der Hebung des Gewerbes und an den Erwerbsverhältnissen seiner Angehörigen rüstig weiter zu arbeiten und in den kommenden fünf Jahren der laufenden Tarifperiode schiedlich-friedlich nebeneinander zu schaffen, auf daß der Wahspruch jeder Tarifgemeinschaft: »Friede ernährt, Unfriede verzehrt!« auch wirklich erfüllt werde.«

Zum Schluß teilt das Tarifamt in seinem Bericht noch mit, daß mit dem Beginn der neuen Tarifperiode auch umfassende Veränderungen in der Besetzung der Tariforgane vor sich gegangen sind, da sowohl der bisherige Prinzipalvorsitzende, der Geheim Kommerzienrat Büxenstein, als auch der bisherige Geschäftsführer des Tarifamtes, Paul Schille, von ihren Posten zurücktraten. Der Dank, den letzterer als Verfasser des Geschäftsberichts im vollen Einverständnis mit beiden Tarifparteien dem scheidenden Prinzipalvorsitzenden für seine zehnjährige erfolgreiche Arbeit im Dienste der Tarifgemeinschaft abstattet, gebührt in demselben Maße auch ihm selbst für sein zehnjähriges Wirken als Tarifamts-Geschäftsführer. Die Gehilfenschaft muß rückhaltlos anerkennen, daß sich sowohl Geheimrat Büxenstein als auch Kollege Schille hervorrangend um die Schaffung und die Entwicklung unserer Tarifgemeinschaft verdient gemacht haben. Mit dem Tarifamt wünschen wir, daß den an die Stelle der ausgeschiedenen Funktionäre getretenen neuen Männern eine weitere Ausbreitung und innere Festigung der Tarifgemeinschaft beschleunigt werden möge.

Nach der den Tarifamtsbericht abschließenden Übersicht über die Arbeitslosigkeit und Arbeitsver-

mittlung im Jahre 1913 (der sich noch das Verzeichnis der tariffreien Firmen und die Adressen der Tariforgane und ihrer Mitglieder anschließen) waren in jedem Monat des vorigen Jahres durchschnittlich 89 Gehilfen arbeitslos, gegen 77 im Jahre 1912 und 91 im Jahre 1911. Durch die tariflichen Arbeitsnachweise wurden 1913 1136 offene Stellen besetzt, gegen 1035 im Jahre 1912 und 963 im Jahre 1911.

Aus den Sektionen.

Leipzig. Mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifes ist auch die Arbeitsvermittlung auf Wunsch der Prinzipale etwas anders geordnet. Diese übernehmen wie bisher die Hälfte der Kosten, beschränken sich aber nicht mehr nur auf die Aufsicht, sondern bestimmen auch ihrerseits einen Vorwarter. Die Vermittlungs- und Kontrollstunden finden weiter an jedem Montag, Mittwoch und Sonnabend abends 6¼—7¼ Uhr im Restaurant Bauch, Münzgasse 1 statt. Vorwarter von selten der Prinzipale ist Herr Schubart, von selten der Gehilfen Kollege Thiele; beide in Firma Siebe. Die Vorwarter öffnen und besprechen gemeinsam die einlaufenden Zuschriften, für welche folgende postalisches eingetragene Adresse bestimmt ist: »Arbeitsnachweis der Tarifgemeinschaft für Deutschlands Chemigraven und Kupferdrucker, Kreis II, Kantstraße 69, Hof pt. Den Kollegen sei die neue Adresse und vorstehendes zur Beachtung empfohlen.«

Photogr. Mitarbeiter.

Aus den Sektionen.

Dortmund. Über die Behandlung des Punktes Gehilfenwesen in der Innungsverammlung im Handwerkskammerbezirk Dortmund am 19. Januar geht uns folgender Bericht zu: Zu dieser Versammlung mußte laut Innungsstatut der Gehilfenausschuß geladen werden, da über Gehilfen- und Lebrlingswesen verhandelt wurde. Der Punkt 5 der Tagesordnung lautete »Gehilfenbewegung«. Was kann darunter nicht alles verstanden werden? Das Referat zu diesem Punkte hielt der Innungsvorsitzende Herr Arnold, Bochum. Seine mehr als einstündige Rede setzte denn auch gleich recht saftig ein, ungefähr wie folgt: »Kollegen, es schwebt eine Kriegsgefahr in der Luft! Wir müssen uns verhalten gegen die Anfendungen seitens der Organisation der Gehilfenschaft. Große Heeresmassen türmen sich auf der andern Seite auf. Heute soll der erste Schuß fallen...« Das waren so die Hauptschlager, die sich in der langen Rede noch oft wiederholten. Sie glich einer Mobilmachung gegen die Gehilfen. In einem Anstich der Gehilfenschaft an den Senefelderbund erblickte Herr Arnold das größte Schreckgespenst. Nachdem er dies in seiner wohlgezielten Hetzrede mehrmals zum Ausdruck gebracht hatte, lenkte er schließlich halbwegs ein, indem er sagte: »Wenn die Gehilfen mit Anliegen an die Chefs herantreten wollen, so sollen sie kommen, wir wollen sie hören, (doch nur hören, aber nicht mit bestimmen lassen! D. Red.) aber nur ohne Senefelderbund!« Diesen Spruch begleitete Herr Arnold mit einem Faustschlag auf den Tisch, daß die Zuhörer erschreckt aufsprangen in der Annahme, es sei jetzt wirklich der erste Schuß gefallen. Es würde zu weit führen, wollten wir auch nur einen Bruchteil der Rede hier wiederholen; bemerkt sei nur, daß jeder Satz eine maßlose Hetze gegen die Bestrebungen des Senefelderbundes enthielt. Obgleich die ganze Rede eine Überrumpelung der drei Mitglieder des Gehilfenausschusses war, so wußten diese doch die Ausführungen des Herrn Arnold so zu widerlegen, daß man bei der folgenden Debatte die Genugtuung hatte, daß die Chefs, welche hierzu das Wort ergriffen, nicht in das Horn des Herrn Arnold bliesen, sondern daß sogar einer der Redner dem Innungsvorsitzenden einige harte Vorwürfe wegen seiner Agitation gegen die Gehilfenschaft machte. Jedenfalls hat uns Herr Arnold in dieser Weise sein wahres Gesicht gezeigt und wir können ihm als Innungsvorsitzenden den Vorwurf nicht ersparen, daß er als Obermeister, anstatt zu vermitteln, nur zu zersplittern und auseinander zu reißen bemüht ist. Andererseits hat die Innungsverammlung von Neuem gezeigt, daß es auch eine ganze Reihe Chefs gibt, welche ihre Angestellten wirklich als ihre Mitarbeiter betrachten, mit denen sie an der Besserung unseres schönen Berufes arbeiten wollen. Denn es ist ja so manche Besserung nötig, ehe unser Stand gesunden kann.

Die Tapetenbranche.

Intelligenz.

Vor einiger Zeit erschien ein Artikel in der »Tapetenzeitung«, betitelt: »Ein Gang durch eine Formstecherei«, worin u. a. auch die Intelligenz der Formstecher hervorgehoben wurde. Ob nun in jenem Artikel ein kleiner Unternehmer oder ein Stecher seinem gepreßten Herzen Luft machte, will ich hier nicht untersuchen. Vielmehr will ich heute einmal hineinleuchten in einige »Kunststätten«, in denen diese Intelligenz der Stecher die Arbeit ihres Geistes und ihrer Hände vollbringt...

Ich betrete eine Formstecherei. Im ersten Raum steht eine Schließbank, an der ein Hilfsarbeiter volle Filzwalzen abschleift. Er beklagt sich, daß seine Nase entzündet sei von allem Staub. Wie muß es dann erst in seinen Inneren Atmungsorganen aussehen! Vor der Schließbank sieht eine Drehbank. Dieser Arbeiter bekommt nun die ungeheure Staubentwicklung beider Maschinen zu kosten. Wie er nur diese schwere Schädigung seiner Gesundheit auf die Dauer aushalten soll?

Ich schüttele den Kopf und gehe weiter, hinein in die »Kunststätte« der Formstecher. Eine muffige, aufgebrauchte Luft schlägt mir entgegen. Da sitzen nun die Intelligenzen in zwei hintereinander liegenden langen Reihen. Die Fenster sind niedrig und schmutzig, damit ja nicht das volle Tageslicht auf die glänzend schellackierten Walzen fällt. Wenn nun schon die erste Reihe kein ordentliches Licht bekommt, um wieviel schlimmer steht es dann für die zweite Reihe! Da diese ungenügende Beleuchtung für das Fortschreiten der Arbeit hinderlich sein muß, ist doch klar. Und welcher Staub von Messing, Holz, Filz und Blmsstein wird hier erzeugt und erfüllt die Luft! Es ist daher kein Wunder, daß in den letzten Jahren vier Kollegen von der mörderischen Proletarierkrankheit befallen wurden. Drei mußten eine Heilstätte aufsuchen und einer starb im blühendsten Alter innerhalb kurzer Zeit. Vorbei! Ein anderer nimmt seine Stelle ein — versunken und vergessen, das ist des Stechers — Intelligenz.

Von den Unternehmern wird meist nichts getan, allen diesen Übeln zu begegnen; der heilige Profit würde ja sonst geschmälert! Angestrichelt wird auch darüber gewacht, daß während der Arbeit ja nicht einer mit dem andern spricht. Redensarten wie: »Unterhaltung bezahle ich nicht!« sind allgemein gebräuchlich. In einem Großbetriebe unseres Berufes sah ich einmal, wie sich ein Hilfsarbeiter umdrehte, als zufällig der »Herr« in den Arbeitsraum kam. In seiner Entrüstung rächte er dieses verbrecherische Tun des Arbeiters mit einem Schlag in das Gesicht! Doch genug des »Guten«. Statt daß solche empörenden Zustände die Stecher veranlassen sollten, sich fest aneinander zu schließen, tritt leider oft das Gegenteil ein. Gerade in dem zuletzt erwähnten Betrieb sucht sich jeder die Gunst dieses »arbeiterfreundlichen« Unternehmers zu sichern, um seine »Lebensstellung« nicht zu gefährden! Besser wäre es, wenn sie sich einig und geschlossen bemühen, den Heilsnamen Spruch zu verwirklichen: »Es soll nicht verschlimmen der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben.«

Die fortschreitende Technik suchen sich auch unsere Unternehmer zu Nutzen zu machen, aber für die Arbeiter springt herzlich wenig dabei heraus. Durch die Verteuerung der ganzen Lebenshaltung muß auch die Leistungsfähigkeit des intelligentesten Arbeiters sinken. Will man die Leistungsfähigkeit heben, so gewähre man ausreichende Löhne und auch eine Erholungspause in unserer ruhigen Zeit. Warum haben wir denn so wenig rednerische und agitatorische Kräfte? Es ist doch nur das sorgenvolle Dasein, das uns Formstecher niederdrückt. Darum fort mit den Stundenlöhnen, her mit einem auskömmlichen Wochenlohn bei angemessener Arbeitszeit! Nur so kann unsere Lebenshaltung und mit ihr unsere Intelligenz gehoben werden!

Darum agitiert und organisiert, damit beim kommenden Tarifwechsel auch der letzte Mann in unsern Reihen steht: uns zum Nutz, dem Gegner zum Trutz! Succurs.

Aus den Sektionen.

Bietigheim. In unser sehr gutbesuchten Generalversammlung vom 7. Februar erstattete der Vorsitzende einen kurzen Geschäftsbericht, woraus zu ersehen war, daß die Geschäfte in 10 Versammlungen und 11 Vorstandssitzungen erledigt wurden. Weiter streifte er die Zeichnerbewegung im vorigen Frühjahr, die zur Zufriedenheit der Beteiligten ausgefallen ist. Auch die Formstecher haben vom 1. November ab ihre tarifliche Lohnerhöhung erhalten. Nach dem Kassenbericht und der Neubew. Wiederwahl des alten Vorstandes richtete der Vorsitzende den Wunsch an die Kollegen, immer so zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen und tatkräftig mitzuwirken, um die noch fernstehenden Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen, damit wir einig und geschlossen an der weiteren Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten können.

Coswig i. Sachs. Die am 7. Februar abgehaltene Versammlung beschäftigte sich elagend mit dem Artikel der Crefelder Kollegen. Die hiesigen Kollegen sind auch der Ansicht, das erst nach Ablauf einer gewissen Periode festgestellt werden kann, ob das neue Auskunfts-system praktischer als das alte ist. Jedenfalls sind wir aber nicht so erbaut davon wie vielleicht Kollege Schubart, denn es ist nachweislich vorgekommen, daß Unternehmer den Mindestlohn höher angaben, sogar bis zu 15 Pfg. Durch die schnelle Erledigung und die verlockenden Löhne sind sie in der Lage, sich binnen Kurzem eine Anzahl Angebote zu verschaffen, und es entsteht die schönste Lohndruckerel. Letzteres werden wohl auch die Kollegen anderer Filialen haben erleben müssen.



Feuilleton.

Zu Ernst Haeckels 80. Geburtstags-tage.

Am 16 Februar 1914 konnte der große Naturforscher Ernst Haeckel in Jena seinen 80. Geburtstag feiern. Karl Darwin fand durch Ernst Haeckel die eifrigste Unterstützung. Was Darwin anfangs zu sagen unterließ, lehrte Haeckel, indem er die Menschen von ausgestorbenen Affen herleitete. Über diese Entwicklungslehre erhob sich im Lager der Frommen ein solches Geschrei, daß jedermann aufmerksam wurde. Haeckel ist von Goethe beeinflusst.

»Von Goethe stammt der ganze Urgrund seiner Weltanschauung. Goethe hat ihm seinen Gott zugleich genommen und gegeben: genommen den kirchlich-personlichen Gott, der »nur von außen stieße«, gegeben den Gott, der im All, in der ewigen Entwicklung, in Leib und Seele zugleich ist, der »er selbst ist« als Inbegriff alles Wirklichen, alles Selendens, neben dem es nicht noch eine besondere »Welt« gibt, nicht noch einen besonderen sündhaften Menschen, nicht noch einen besonderen Anfang und ein besonderes Ende der »Dinge«. Als Haeckel auf der Höhe seiner eigenen Bahn sich mit Darwin berührte, war er der erste, der sah und mit Nachdruck betonte, daß Darwin nur eine logische Entwicklungsstation Goethescher Ideen war. Das Schicksal wollte, daß auch äußerlich gerade Haeckel ein gewisses Erbe der Goetheschen Epöche antreten sollte. Jena, die Universitäts-, der Goethe so viel Liebe gewidmet, und an der Schiller in »traurig-schönen Jahren« mit seinem Herzblut gewirkt, verdankt ihren hellsten Ruhm im letzten Drittel des Jahrhunderts Haeckel. Es ist kein über-

treibend Lob, sondern eine einfache Wahrheit, daß im weitesten Kreise, bei den nur allgemein Unterrichtet und im Auslande der Ruf Jenas überspringt von Goethe, Schiller und Flöte direkt auf Haeckel. So schreibt Wilhelm Bölsche in seinem Lebensbild »Ernst Haeckel« (Verlag von Herm. Seemann Nf., Berlin und Leipzig).

Das größte Werk Haeckels ist: »Die natürliche Schöpfungsgeschichte«. Nicht jedermann aus dem Volke kann sich dieses Werk anschaffen, es ist hauptsächlich für Gelehrte und Bibliotheken. Um auch dem Ärmsten im Volke von dem großen Naturforscher ein Werk zu geben, hat der Verlag Philipp Reclam jun. in Leipzig in den roten Heftchen seiner »Universal-Bibliothek« unter Nr. 5404, 5405 ein Bändchen erscheinen lassen: »Natur und Mensch«. Sechs Abschnitte aus den Werken von Ernst Haeckel. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Carl W. Neumann. Mit dem Bildnis Ernst Haeckels und zahlreichen Abbildungen im Text. (Preis brosch. 40 Pfg.)

Das Werkchen enthält einen Abschnitt über »Inhalt und Bedeutung der Abstammungslehre; Schöpfungsperioden und Schöpfungsurkunden«, worin auf Seite 81 folgendes zu lesen ist: »Welche Zufälligkeiten außerdem noch die Grenzen unserer paläontologischen Kenntnisse bestimmen, können Sie daraus ersehen, daß man von sehr vielen wichtigen Versteinerungen nur ein Exemplar oder nur ein paar Exemplare kennt. Im Jahre 1861 wurde im lithographischen Schiefer von Solnhofen das unvollständige Skelett des ältesten bis jetzt bekannten Vogels entdeckt: *Archaeopteryx lithographica*; 1877 wurde ebendasselbe ein zweites Exemplar gefunden, welches das erste in glücklichster Weise ergänzte. Die Kenntnis dieses einzigen Vogels aus dem Jura-System besitzt für die Phylogenie der ganzen Vogelklasse die allergrößte Wichtigkeit. Alle bisher be-

kannten Vögel stellen eine sehr eintönig organisierte Gruppe dar, und zeigten keine auffallenden Übergangsbildungen zu anderen Wirbeltierklassen, auch nicht zu den nächstverwandten Reptilien. Jener fossile Vogel aus dem Jura dagegen besaß keinen gewöhnlichen Vogelschwanz, sondern einen Eidechsen-schwanz, und bestätigte dadurch die aus anderen Gründen vermutete Abstammung der Vögel von den Eidechsen. Durch dieses Petrefakt wurde also nicht nur unsere Vorstellung von dem Alter der Vogelklasse, sondern auch von ihrer Blutsverwandtschaft mit den Reptilien wesentlich erweitert. Ebenso sind unsere Kenntnisse von anderen Tiergruppen oft durch die zufällige Entdeckung einer einzigen Versteinerung wesentlich umgestaltet worden. Da wir aber wirklich von vielen wichtigen Petrefakten nur sehr wenige Exemplare oder nur Bruchstücke kennen, so muß auch aus diesem Grunde die paläontologische Urkunde höchst unvollständig sein.«

So interessant wie diese eine Seite sind alle 185 Seiten dieses Bändchens und jeder Kollege sollte dieses Werk kaufen und lesen.

Außer seinen vielen naturwissenschaftlichen Werken hat Ernst Haeckel ein Werk über »Die Weltreise« erscheinen lassen, das auch zum Preise von 1 Mark in einer Volksausgabe mit einem Nachwort: »Das Glaubensbekenntnis der reinen Vernunft« erschienen ist. Der große Naturforscher hat hier gezeigt, daß die mächtigste Waffe in dem neuen Kulturkampf die Aufklärung und Bildung des Volkes bleibt. Entwicklungslehre, Vernunft und Monismus im Sinne Goethes sollen dazu dienen, in weiten Kreisen die veredelnde Bildung des Volkes zu heben und den Kultus unserer idealen Gottheit zu fördern, die Dreieinigkeit des Wahren, Guten und Schönen! Möge der große Gelehrte noch recht lange leben und wirken. J. M. D.

Stellenangebote

la. amerik.

Maschin.-Retuscheur

60- wie la. Auto-Ätzer für Zink u. Kupfer gesucht. Selbstgefertigte Arbeitsmuster und Lohnansprüche an [330] Kunstanstalt Julius John, Wien III, Linke Bahngasse 9.

Verschiedenes

Ätztrichter ges. gesd. prakt. Hilfsmittel für Verkauf- u. Teilätzung etc. aus Glas oder Celluloid. 2 Stk. 5,- Mk. Zu bez. durch A. AXTHELM, Niedersieditz b. Dresden.

Roulett., Fadenstichel

Fräser u. s. w. in bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals O. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31

Eine im guten Gange befindliche

FORMSTECHEREI

ist wegen Todesfall des Besitzers sofort zu verkaufen. Off. u. N. A. 312 an Rud. Mosse, Nordhausen.

Orts-Krankenkasse der Steindruck- und Lithographen zu Berlin.

Die Bekanntmachung, betreffend Ausschußwahl zur Ortskrankenkasse der Steindruck- und Lithographen zu Berlin, welche am 5. April d. J. stattfindet, erscheint in der Beilage der »Graph. Presse« »Berliner Wochenbote« in der heutigen Ausgabe. Ortskrankenkasse der Steindruck- und Lithographen. M. Stuhlmann, Vorsitzender.

Wischwalzen-Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert Edm. Behmisch, Luckenwalde Vertreter an allen größeren Plätzen. Ia Zeugnisse.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Scheideitz**

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Verbandsnachrichten

Österreich. Senefelderbund.

Ortsgruppe: **Karisbad i. Böhmen.** Obmann, Auskunftsleiter und Arbeitsnachweisverwalter ist jetzt: **Oskar Stumpe, Altrohiau b. Karisbad i. Böh., Nr. 196.** Kassierer u. Unterstützungsauszahler: **Ernst Kirschner, Altrohiau b. Karisbad i. Böh., Nr. 112.**

Stuttgart II!

Vorsitzender und Auskunftsleiter: **Paul Reuter, Immenhoferstraße 53a.** Kassierer u. Unterstützungsauszahler: **Wilhelm Ganser, Arminstraße 37.**

Totenliste.

1913.
† Am 16. November in Danzig **Arthur Frenzel**, Chemigraph aus Bautzen i. S., 24 Jahre alt, verunglückt durch Ertrinken. — Eingetreten in Bremen am 10. Dezember 1911.

† Am 17. Dezember in Leipzig **Franz Lohmann**, Lichtdrucker aus Leipzig, 43 Jahre alt, an Gelsteskrankheit, invalide seit 2. Februar 1913. — Eingetreten in Leipzig am 16. Januar 1899.

† Am 24. Dezember in Frankfurt a. M. **Conrad Eigenbrod**, Hilfsarbeiter aus Hedderhalm b. Frankfurt a. M., 72 Jahre alt, an Asthma, invalide seit 3. Juli 1903. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

1914.
† Am 8. Januar in München **Fritz Beck**, Kupferdrucker aus Düsseldorf, 53 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 20 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in München am 7. Februar 1898.

† Am 13. Januar in Hanau **Heinrich Ahlbrandt**, Lithograph aus Offenbach a. M., 69 Jahre alt, an Lungenlähmung, krank 3 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Hanau am 1. Januar 1893.

† Am 13. Januar in Düsseldorf **Max Richter**, Lithograph aus Troppau in Böhmen, 34 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 1 Woche 1 Tag. Eingetreten in Gletwitz i. Schl. am 17. Mai 1908.

† Am 18. Januar in Bremen **Wilhelm Gütersloh**, Steindruck- drucker aus Bremen, 47 Jahre alt, an Herzlähmung, krank 44 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Bremen am 2. September 1900.

† Am 19. Januar in Dresden **Ernst Caroli**, Steindruck- drucker aus Dresden, 56 Jahre alt, an Schlaganfall, invalide seit 28. August 1913. — Eingetreten am 26. Juni 1875.

† Am 21. Januar in Emmerich a. Rh. **Friedrich Graner**, Steind- rucker aus Unter-Gruppebad bei Hellbronn, 19 Jahre alt, an Lungen- leiden, krank 6 Wochen. — Eingetreten in Hellbronn am 14. April 1912. Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 24. Juli 1910.

† Am 22. Januar in Leipzig **Emil Zeißig**, Zeichner aus Leipzig, 48 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 23 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 28. Juli 1901.

† Am 26. Januar in Breslau **Gustav Rogal**, Steindruck- drucker aus Breslau, 52 Jahre alt, an Gehirnschlag, krank 5 Wochen 2 Tage. — Ein- getreten in Breslau am 15. Februar 1897.

† Am 28. Januar in Leipzig **Friedrich Rudolph**, Steindruck- drucker aus Leipzig-Connewitz, 30 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 52 Wochen, — Eingetreten in Leipzig am 25. April 1901.

† Am 29. Januar in Leipzig **Ernst Keil**, Lithograph aus Strehla a. E., 47 Jahre alt, an Leberleiden, krank 25 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Mannheim am 17. Juni 1905.

† Am 2. Februar in Bunzlau **Rudolf Büßer**, Chemigraph aus Bunzlau, 19 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 25 Wochen 4 Tage. — Ein- getreten in Bunzlau am 16. November 1913. Vorher Mitglied der Lehr- lingsabteilung seit 8. Januar 1911.

† Am 4. Februar in Detmold **Friedrich Berger**, Steindruck- drucker aus Detmold, 28 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 17 Wochen. — Eingetreten in Lahr in Baden am 2. Oktober 1904.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gef. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todes- fall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Bei- fügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbenen eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufvornamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.